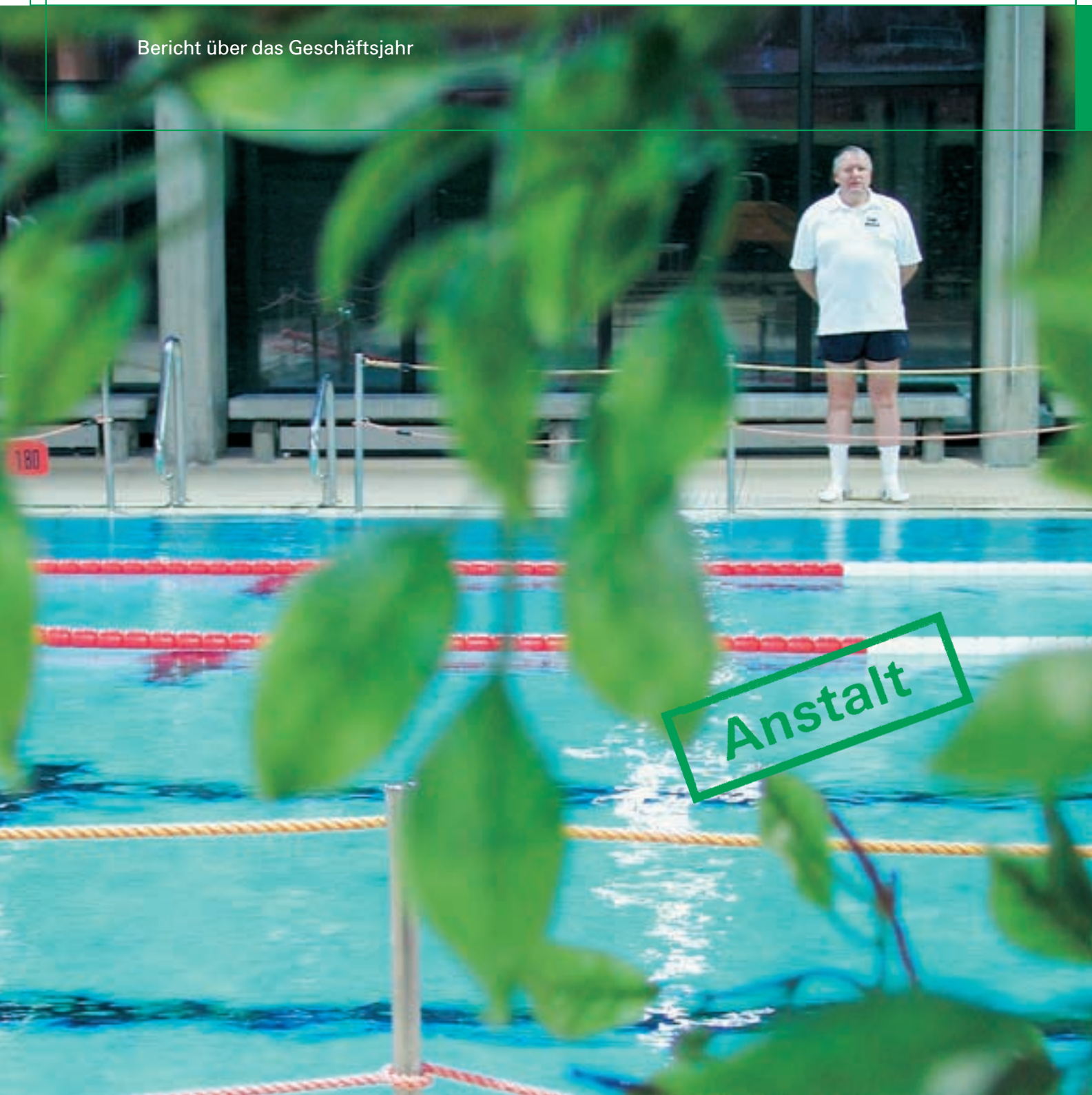




2003

Bericht über das Geschäftsjahr



Anstalt

## Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| Einführung  | 5  |
| Anstalten des öffentlichen Rechts<br>– acht Porträts aus Sachsen        | 6  |
| Lagebericht   | 56 |
| Bericht des Verwaltungsrates  | 64 |
| Personalbericht   | 65 |
| Förderbericht   | 66 |
| Wirtschaftsförderung  | 67 |
| Wohnungs- und Städtebauförderung  | 72 |
| Öffentliche Kunden,<br>Landwirtschafts- und Umweltförderung             | 74 |
| Bearbeitung der Hilfsprogramme zur<br>Beseitigung der Hochwasserschäden | 75 |
| Jahresbilanz 2003   | 76 |
| Gewinn- und Verlustrechnung   | 80 |
| Anhang zum Jahresabschluss  | 82 |

## Einführung

Wer war nicht schon einmal in einer Badeanstalt? Wer kennt nicht die Heil-, Besserungs- oder Irrenanstalt? Oder die Justizvollzugsanstalt. „Anstalten machen“ oder „veranstalten“ – in diesen Begriffen steckt noch, wenn auch in verflachter Bedeutung, die historische Dimension der „Anstalt“. Inzwischen hat die Anstalt im modernen bürgerlichen Staatswesen als Anstalt des öffentlichen Rechts wieder zu ganz besonders herausgehobener Bedeutung gefunden. In der Anstalt des öffentlichen Rechts haben sich Staat und Länder ein Instrument geschaffen, das ihnen hilft, ihre Aufgaben zum Schutz und Wohl der Bürger wahrzunehmen.

Seit dem 12. Juni 2003 ist auch die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Die neue Rechtsform ist Ausdruck der staatstragenden Funktionen und der Aufgaben, welche die SAB, wie viele Anstalten des öffentlichen Rechts im Freistaat Sachsen, übernimmt. Wir haben acht Anstalten des öffentlichen Rechts besucht und Mitarbeiter sowie Aufgaben der Anstalten auf den folgenden Seiten porträtiert: die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, das Studentenwerk Dresden, die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bischofswerda, die Sächsische Tierseuchenkasse in Dresden und in Leipzig den Mitteldeutschen Rundfunk, das Universitätsklinikum Leipzig, die Ländernotarkasse und die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.







**Ich lese, also bin ich.**

## Im Dresdner Untergrund schlummert das Reich der großen und der kleinen Geister.

**Bibliotheken stehen für Geist und Macht ihrer Zeit und formen den Leser und die Gesellschaft seit Menschengedenken. Sie sind unser kulturelles Langzeitgedächtnis, Informationsspeicher und Kommunikationsrelais – bewahren, was war, und machen verfügbar, was ist. Mit rund 8 Mio. Medieneinheiten gehört die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) zu den größten wissenschaftlichen Bibliotheken der Bundesrepublik.**

### **Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart**

Manche der für Bücher und Medien errichteten Bauten sind mehr als Gedächtnisorte oder Kulturpfeiler innerhalb des Stadtbildes. In Zeiten des schier industriellen, maschinengestützten Umgangs mit Wissen muss sich die vornehmlich auf den Erhalt und die Förderung der Gelehrsamkeit bedachte Bibliothek mehr und mehr zum effizienten Dienstleister entwickeln. Das früher scheinbar so ruhige Bild des deutschen Bibliothekswesens ist in Bewegung geraten.

Mit dem Bau der Sächsischen Landesbibliothek –

Staats- und Universitätsbibliothek Dresden wurde im April 2002 der, gemessen an der Fläche, umfangreichste und organisatorisch anspruchsvollste Bibliotheksneubau in den neuen Ländern fertig gestellt. Beide Vorgängerinstitutionen, die Sächsische Landesbibliothek und die Bibliothek der Technischen Universität (TU) Dresden, hatten bei den verheerenden Bombenangriffen auf Dresden 1944 ihre angestammten Gebäude verloren und mussten in Notunterkünften untergebracht werden. Nach dem Fall der Mauer 1989 strebte man mit einem neuen Bibliothekskonzept die Vereinigung der beiden Großbibliotheken und die



Zusammenführung ihrer Bestände in einem Neubau an, der auf dem Campus der Technischen Universität in Dresden errichtet werden sollte. Die planerische Vorgabe an die Gestaltung des Neubaus lautete, dass dort einerseits die Zentralbibliothek der Universität und die bisher auf mehrere Standorte im Campus verteilten Teil- und Zweigbibliotheken mit ihren Beständen und speziellen Funktionen Platz finden, und zum anderen die Landesbibliothek mit ihren historisch wertvollen, teilweise einzigartigen Sondersammlungen unterkommen sollte.

Inzwischen liegt das neue Gebäude in der Mitte des Universitätscampus in fußläufiger Entfernung zu allen anderen wichtigen zentralen universitären Einrichtungen. Den kompakten Sockel des Gebäudekomplexes bilden drei unterirdische 110 x 110 Meter große Geschossebenen. Dort sind alle wichtigen Nutzungsbereiche (Ausleihe/Information, Freihandbereiche und Lesesaal) und die Magazine untergebracht. Der zentrale Lesesaal mit 200 Arbeitsplätzen ist das Herzstück der Bibliothek. Er erstreckt sich über alle drei Sockelgeschosse. Ein großes Glasdach mit elektrochromer Verglasung lässt durch ein Sonnensegel gefiltertes Tageslicht in den eindrucksvollen Raum fließen. An den beiden Schmalseiten des Baugeländes, im Norden und im Süden erheben sich zwei 18 Meter hohe gleichartige Gebäudekuben. Der südliche fünfgeschossige Baukörper beherbergt die Büroräume der Verwaltung und die Buch- bzw. Medienbearbeitung, der nördliche viergeschossige vorwiegend öffentliche Funktionen. Hier sind unter anderem Cafeteria und Vortragssaal sowie darüber das Buchmuseum für besonders wertvolle Ausstellungsstücke angesiedelt. Unüberschaubar groß scheint auch das Foyer mit Info-

zentrum und Ausleihtheke in dem vorgelagerten Eingangshof. Im gesamten Haus befindet sich eine komplizierte Infrastruktur. Rechnergesteuerte Transportbänder mit 23 „Bahnhöfen“ bringen bestellte Medien aus den Magazinen in alle Bereiche. Unzählige Kabel vernetzen die 125 öffentlichen Computerarbeitsplätze. An allen der knapp tausend Arbeitsplätze gibt es Steckdosen für mitgebrachte Laptops.

**Rechnergesteuerte Transportbänder mit 23 „Bahnhöfen“ bringen bestellte Medien aus den Magazinen in alle Bereiche. Unzählige Kabel vernetzen die 125 öffentlichen Computerarbeitsplätze.**

Der repräsentativ-funktionale Neubau wurde 2002 mit weiteren 24 Objekten in der Ausstellung „Neue Deutsche Architektur“ im Berliner Martin-Gropius-Bau ausgestellt und erhielt 2003 den vom Bund Deutscher Architekten (BDA) und dem Deutschen Naturwerkstein-Verband (DNV) alle zwei Jahre ausgelobten Deutschen Naturstein-Preis.

Die Baukosten des von dem Architekturbüro Ortner & Ortner gegliederten Baukörpers betragen 92 Mio. Euro. Dazu kamen noch rund 9 Mio. Euro für die Ersteinrichtung. Diese rund 100 Mio. Euro wurden nach dem Hochschulbau-Fördergesetz mit 50 Prozent Kostenbeteiligung vom Bund gefördert.





### **Bibliothek als klassischer Dienstleister**

„Ich habe einen Superjob“, schickt Manuela B. Queitsch ihrer Stellenbeschreibung voraus. Als Erwerbungsleiterin der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek ist sie für die Ankäufe und die Pflege der wertvollen Bestände der sächsischen, nationalen und internationalen Literatur und Buchkultur verantwortlich. Die Beschaffung der für Lehre, Forschung und Studium an der Technischen Universität Dresden benötigten Literatur und anderer Informationsträger liegt in ihren Händen. „Für jedes Fach ist ein Referent verantwortlich. Er betreut das Fach wissenschaftlich und ist für den Bestandsaufbau verantwortlich. Dafür muss er den deutschen und internationalen Buchmarkt beobachten und die Titel auswählen, die für unseren Bestand relevant sind. Vorgaben dazu ergeben sich auch aus den Lehrstühlen der Universität und aus dem, was wir als Landesbibliothek brauchen.“ Aber was braucht eine Landesbibliothek? Und wie korrespondieren diese Ankäufe mit den Aufgaben, die wiederum eine Universitätsbibliothek hat? So unbequem wie der Name der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) wirkt auch die Aufgabe, den Interessen des Landes und der Universität gleichzeitig gerecht zu werden. „Nach der 1996 erfolgten Fusion der beiden großen Dresdner Bibliotheken zur SLUB Dresden waren tatsächlich viele Bereiche und Aufgaben neu zu strukturieren und definieren. Das daraus resultierende ‚Erwerbungsprogramm‘, das aus den Erwerbungsrichtlinien der Vorgängerbibliotheken weiterentwickelt wurde, verbindet universitäre Anforderungen mit regionalen Versor-

gungsaufgaben“, räumt Manuela B. Queitsch alle Bedenken vom Tisch. „Die Angst der Fusionsgegner beispielsweise, dass der wertvolle Bestand der Landesbibliothek zu Schaden kommt, wenn sich Massen von Studenten auf die Bücher stürzen, war völlig unbegründet. Wir haben separate Magazine für besonders schützenswerte Bestände und alte Bücher darf man nur in einem Sonderlesesaal einsehen.“

Dennoch musste das Personal der beiden Häuser anfangs gemeinsam lernen, unter einem Dach bis zu 3.000 Leser an einem Tag zu versorgen. „Jetzt sind wir dabei, Geschäftsgänge zu verbessern und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Unsere Fachleute helfen, einen Weg durch den Dschungel der immer weiter steigenden Zahl von Publikationen sowie der elektronischen Informationen zu finden. Das ist der Schritt von der passiven

**Und als Schnittstelle zwischen Bildung,  
Wissenschaft und Kunst berührt die SLUB  
auch zukünftig als moderner Dienstleister  
die elementaren Bereiche des Menschen und  
die Fundamente unserer Kultur.**

Literaturversorgung zum aktiven Informationsangebot.“ Und als Schnittstelle zwischen Bildung, Wissenschaft und Kunst berührt die SLUB auch zukünftig als moderner Dienstleister die elementaren Bereiche des Menschen und die Fundamente unserer Kultur.







**Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB), Anstalt des öffentlichen Rechts**

Die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) besteht seit dem 22. Januar 1996. Sie ist aus der ehemaligen Sächsischen Landesbibliothek (gegründet 1556) und der ehemaligen Universitätsbibliothek

der Technischen Universität Dresden (gegründet 1828) hervorgegangen und gehört zu den vier größten wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland. Unmittelbar nach dem Zusammenschluss beider Bibliotheken begann die Planung des Neubaus am Zelleschen Weg 18. Auf über 30.000 Quadratmetern sind 6 Mio. der etwa 8 Mio. Medieneinheiten untergebracht.

**Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB)**

|                                 |   |
|---------------------------------|---|
| Rechtliche Grundlagen           | Gesetz über die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SächsLBG) vom 30. Juni 1995   |
| Mitarbeiter (2003)              | 373 Mitarbeiter   |
| Bibliotheksprofil               | Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem: die Sammlung, Pflege und wissenschaftliche Betreuung der wertvollen Bestände der sächsischen, nationalen und internationalen Literatur und Buchkultur (einschließlich Bild- und Tonträger), die Beschaffung, Erschließung und Vermittlung der für Lehre, Forschung und Studium an der Technischen Universität Dresden benötigten Literatur und anderer Informationsträger, die umfassende Sammlung und Archivierung von Literatur, Bild- und Tonträgern über Sachsen sowie der in Sachsen erscheinenden ablieferungspflichtigen Publikationen (Pflichtexemplare), die Erarbeitung der jährlich erscheinenden „Sächsischen Bibliographie“, die Einrichtung und der Betrieb einer „Landesstelle für Bestandserhaltung“ sowie die Archivierung von ausgesondertem staatlichen Bibliotheksgut. |
| Kerndaten der Bibliothek (2003) | Medieneinheiten insgesamt: 8.349.600, davon u. a. 4.141.200 Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbindereinheiten, 141.900 Dissertationen, 133.400 Karten und Pläne, 117.700 Noten, 130.100 Normen, 424.800 Handschriften und Autographen, 496.000 Tonträger, Dias, Filme und Videomaterialien, 2.331.200 Fotodokumente, CDs, CD-ROMs u.ä., 32.000 Studenten, 74 geöffnete Stunden/Woche, 4.517.300 Euro Literaturetat (2003)  |
| Kontakt                         | Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, Zellescher Weg 18, 01069 Dresden, Telefon 0351 4677-0, Fax 0351 4677-111, <a href="http://www.slub-dresden.de">www.slub-dresden.de</a>  |









**Haut rein!**

## Die Alma Mater des akademischen Nachwuchses.

**Zweimal im Jahr 37,50 Euro. Dieser Semesterbeitrag ist für das Studentenwerk Dresden. Und das bildet einen ganzen Kosmos an Versorgungseinrichtungen, Hilfsangeboten und Beratungsstellen: Mensen und Cafeterien, Studienfinanzierung, Wohnheime, Kultur, Internationales, Kinderbetreuung sowie sozial-, rechts- und psychotherapeutische Beratungen. Ohne das Studentenwerk ist ein deutsches Studentenleben eigentlich gar nicht vorstellbar.**

### **Das „Erlanger Programm“ von 1921**

In den letzten zehn Jahren hat sich die Studen-  
tenzahl im Osten Deutschlands fast verdoppelt.  
Von den insgesamt 355.000 Studenten besuchen  
etwa 80.000 Hochschulen in Sachsen. Bundes-  
weit haben sich nach Angaben des Statistischen  
Bundesamtes im Wintersemester 2003/2004  
mehr als zwei Millionen Studierende an den Hoch-  
schulen in Deutschland eingeschrieben, deren  
soziale Betreuung die Studentenwerke überneh-  
men. Erste weiter reichende Ansätze einer aktiven  
sozial-wirtschaftlichen Betätigung der Studen-  
tenschaften wurden 1921 im „Erlanger Programm“

beschrieben: „An jeder Hochschule ist die Ge-  
samtheit der Wirtschaftseinrichtungen zusam-  
menzufassen zu einem lebensbeständigen,  
rechtsfähigen studentischen Wirtschaftskörper  
in gemeinsamer Arbeit mit Dozenten und Freun-  
den. Seine Aufgabe ist nicht eine begrenzte,  
sondern eine umfassende, nicht nur Zwischen-  
handelsausschaltung oder Lebensmittelverbilli-  
gung, sondern Werkgemeinschaft zur Sicherung  
des jetzigen und späteren Lebens der Studen-  
tenschaft und damit des Bestandes der Hoch-  
schule. Nur straffe Zusammenfassung der einzel-  
nen Wirtschaftseinrichtungen am Orte gewähr-





leistet die Lösung der Aufgaben; die stufenmäßige Weiterentwicklung unter vollster Wahrung der örtlichen Eigenart ist anzustreben.“ Neben Tübingen und München war 1919 in Dresden eine erste Vorläufereinrichtung des Studentenwerkes gegründet worden. Hier schlossen sich 1921 auch einige der Selbsthilfvereine als „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft“ zu einer ersten Dachorganisation zusammen. Schon ein Jahr später gab es eine Darlehenskasse, 1923 folgten die ersten Wohnheime, 1925 wurde die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“ gegründet. Nach 1990 kamen zu den 50 Studentenwerken im alten Bundesgebiet zwölf neue hinzu, davon vier Studentenwerke in Sachsen. Neben Dresden gibt es Studentenwerke in Leipzig, Chemnitz-Zwickau und Freiberg. Inzwischen stellen die bundesweit 62 Studentenwerke mit über 15.000

**Inzwischen stellen die bundesweit 62 Studentenwerke mit über 15.000 Mitarbeitern in allen Hochschulstädten einen bedeutsamen Wirtschaftsfaktor dar.**

Mitarbeitern in allen Hochschulstädten einen bedeutsamen Wirtschaftsfaktor dar, denn sie finanzieren sich neben den Zuschüssen der Länder und dem Semesterbeitrag der Studenten vor allem aus eigenen Erträgen. Mit Wohnheimen und Mensen wird bundesweit ein Umsatz von mehr als einer Milliarde Euro erzielt. Die Landeszu-

schüsse sind inzwischen auf rund 16,5 Prozent des Umsatzes abgeschmolzen. Die Eigenbeiträge der Studierenden wurden entsprechend erhöht. Zugleich sind die Studentenwerke für die Bearbeitung der BAföG-Förderung mit einem Volumen von über 1,1 Mrd. Euro zuständig.

#### **Ein leerer Bauch studiert nicht gern**

Etwa 750 gastronomische Einrichtungen mit insgesamt über 200.000 Plätzen dienen bundesweit der studentischen Versorgung. Im Jahr 2002 wurde ein Umsatz von insgesamt rund 260 Mio. Euro erzielt. Mensen und Cafeterien entwickelten sich in den letzten Jahren zu modernen Dienstleistungszentren. Von dem alten Image als öde Abfütterungsanstalten mit verkümmerten Geschmacksnerven haben sich die deutschen Mensen schon lange entfernt. Behaupteten Spötter vor Jahren: „Der Student geht so lange zur Mensa, bis er bricht ...“, belegen heute aktuelle Umfragen eindrucksvoll den Ruf der Gourmettempel auf den Campusgeländen. „Atlantischer Butt in Petersilienpanade mit gebratenem Mais und geriebenem Ingwer, dazu bunter Reis“ steht auf dem Speiseplan der Mensa „Siedepunkt“ am Zelleschen Weg in Dresden. Eine Aktionswoche bietet Gaumenfreuden für die Freunde des fangfrisch zubereiteten Meeresfisches. Der stellvertretende Küchenleiter Frank Koch und sein Team möchten den Gästen immer wieder kleine Highlights bieten, auch wenn man über 1.000 Essen am Tag ausgibt. Das mit den „Gästen“ ist keineswegs ein Versprecher: „Wenn das für mich bloß Studenten wären, die man mal eben zwischen zwei Vorlesungen satt füttern muss, könnte ich meinen Job auch lassen“, sagt er und verweist mit freund-



lichem Lächeln auf die Übersicht der Planungen für die nächsten Wochen. Der Koch Frank Koch hat ein „gutes Kollektiv, das Hand in Hand arbeitet und die Wünsche der Gäste respektiert“. Wenn er an der Essenausgabe steht, sucht er das Gespräch. „Ruhig auf Wunsch mal etwas mehr auf den Teller legen. Viele Studenten lieben es, Frühstück und Mittag mit einer Mahlzeit zu sich zu nehmen. Andere lassen sich gern erläutern, was genau in der vegetarischen Speise steckt, die wir täglich anbieten.“ Im Sommer steht der gelernte Koch am liebsten mit Wok und Pfanne auf der Freiterrasse, um direkt vor den Studenten zu arbeiten: „Da ist die Schlange oft genauso lang wie in der Mensa.“ Zu den Verpflegungsbetrieben des Studentenwerkes Dresden gehören sieben Produktionsmensen, sieben Ausgabemensen und 19 Cafeterien. Als sich Ende des vergangenen Jahres 14.872 Studierende an der bundesweiten Abstimmung des Studentenmagazins UNICUM auf der Suche nach der besten Mensa beteiligten, waren auch zwei Mensen des Studentenwerkes Dresden erfolgreich. Verteilt wurden virtuelle Tablettis in sechs Kategorien: Geschmack, Auswahl, Wartezeit Service, Atmosphäre und Gesamtwertung. Die Dresdner Mensa Mommsenstraße kam in zwei Kategorien unter die Top Ten – bei der „Auswahl“ auf Platz 6 und bei der „Wartezeit“ auf Platz 10. Auch Kommentare zu den Dresdner Mensen wurden festgehalten. „Ich finde es super für Studenten. Genug Auswahl für Mäkefritzen, große Portionen wenn gewünscht, nette Umgebung und natürlich billig.“ Oder: „Obwohl ich nach dem Grundstudium nach Kassel gewechselt bin, ist und bleibt die Dresdner Mensa Mommsenstraße die beste!“ Lob auch für die „Neue Mensa“:

„Wer zur richtigen Zeit am richtigen Ort, das heißt nicht bei den unübersehbar beliebtesten Mahlzeiten und nicht zur prime-time isst, kann rundum zufrieden sein. Gewusst wie, wo und vor allem wann – dann ist es fast immer ein Genuss.“

#### **Service rund um das Studium**

Das Studentenwerk Dresden hat für das Jahr 2004 ehrgeizige Ziele: Es werden ca. 18.000 Anträge auf Ausbildungsförderung erwartet, gegenüber 2003 bedeutet dies eine Steigerung um zehn Prozent. Circa 12.000 Studenten werden BAföG zwischen 10 und 585 Euro erhalten. Die derzeit knapp 8.000 Wohnheimplätze sollen auch im kommenden Jahr alle vermietet bleiben, und es soll möglichst wenig freie Plätze geben. Dann können die geplanten Mieterträge für 2004 erreicht und eine weitere Mieterhöhung (ab 01.01.04 sind die Mieten um 1,5 Prozent gestiegen) vermieden werden.

Vor dem Hintergrund von Ertragssteigerungen bzw. Kostensenkungen von 1,2 Mio. Euro im Jahr 2004 hat die Abteilung Verpflegungsbetriebe kein einfaches Jahr vor sich. Dieses begann mit einer Erhöhung der Essenpreise ab Januar 2004. Durch Gründung einer Dienstleistungsfirma als Tochtergesellschaft des Studentenwerkes sollen Personalkosten eingespart werden.

Für die 40.500 Studierenden an den neun Hochschulen in Dresden, Zittau und Görlitz versteht sich das Studentenwerk Dresden als modernes Dienstleistungszentrum. Es möchte den „Kopf der Studenten zum Studieren freigehalten“, wie ein Text auf der Homepage wirbt. Und die steigenden Studentenzahlen unterstreichen diesen Anspruch.









**Studentenwerk Dresden,  
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Das Studentenwerk Dresden, eines von 62 deutschen Studentenwerken, ist das älteste Studentenwerk Deutschlands, gegründet 1919. Das größte der vier sächsischen Studentenwerke betreut 40.500 Studierende von neun Hochschulen in Dresden, Zittau und Görlitz. Nach den Grund-

sätzen der Gemeinnützigkeit und Selbstverwaltung bietet das Studentenwerk Service bei der Studienfinanzierung, bei der Bereitstellung von Wohnraum in den Wohnheimen, der Verpflegung in den Mensen und Cafeterien, bei der Kulturförderung, in der Betreuung von Studentenkindern bei Kindertagesstätten sowie in der Sozial-, Rechts- und psychotherapeutischen Beratung.

**Studentenwerk Dresden**

---

|                       |   |
|-----------------------|---|
| Rechtliche Grundlagen | Die Arbeit des Studentenwerks Dresden gründet sich auf das Sächsische Hochschulgesetz (SächsHG) vom 11. Juni 1999 und die Satzung des Studentenwerkes vom 18. Januar 2000. Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 7. Januar 1993 regelt die Zuordnung von Hochschulen zu den sächsischen Studentenwerken. |
| Mitarbeiter           | 450 Mitarbeiter, davon 121 in Teilzeit  |
| Finanzierung – BAföG  | Förderungsquote betreuter Studenten: 28 Prozent<br>10.385 Studenten erhielten 2002 BAföG.<br>48,3 Mio. Euro wurden ausgezahlt.  |
| Wohnheime             | 46 Wohnheime, davon 34 in Dresden, zwei in Tharandt, acht in Zittau und zwei in Görlitz<br>8.523 Wohnheimplätze (Stand August 2003, 3. Platz in Deutschland nach Berlin und München)  |
| Mensen                | sieben Produktionsmensen, sieben Ausgabemensen<br>2,3 Mio. Essenportionen jährlich (2003), ca. 12.000 täglich<br>19 Cafeterien mit 2,34 Mio. Euro Umsatz jährlich (2002)  |
| Umsatz                | ca. 33,11 Mio. Euro jährlich (4. Platz in Deutschland)  |
| Gebühren              | Der Studentenwerksbeitrag von 37,50 Euro ist ein Teil des Semesterbeitrages und wird für die Stützung des studentischen Mittagessens (29,50 Euro), der studentischen Kulturprojekte (3,00 Euro) sowie der sozialen Dienste (5,00 Euro) verwendet.   |
| Landeszuschüsse       | 3,15 Mio. Euro jährlich (2004)  |
| Kontakt               | Geschäftsstelle des Studentenwerkes: Fritz-Löffler-Str. 18, 01069 Dresden, Telefon 0351 469750, Fax 0351 4718154, <a href="http://www.studentenwerk-dresden.de">www.studentenwerk-dresden.de</a>  |

**Studentenwerk Dresden**  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Fritz-Löffler-Straße 18  
01069 Dresden





**Top Verbindung**

## Das Ende des Papierkriegs – die virtuelle Verwaltung.

**Mit dem offiziellen Start des Kommunalen Datennetzes (KDN) Anfang des Jahres 2004 verfügen die Kommunen im Freistaat Sachsen über eine flächendeckende und moderne Kommunikationsinfrastruktur, in der zukünftig die sächsischen Kommunalverwaltungen miteinander verbunden werden. Einen wichtigen Beitrag zum Aufbau dieser europaweit leistungsfähigsten Netzwerkstruktur leistete die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD).**

### **Datenspuren im World Wide Web**

„Der Wettbewerb der Regionen macht auch vor der Verwaltung nicht Halt. Bei einer schlechten Verwaltung kann auch die Wirtschaft keine Spitzenleistungen erbringen. Beide bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Wir werden deshalb die begonnenen Maßnahmen zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung entschlossen fortsetzen. Ergebnisorientierung und Eigenverantwortung geben auch hier die Richtung vor. Der Einsatz moderner Informationstechniken in der öffentlichen Verwaltung hat durch den Siegeszug des Internets eine neue Dimension erhalten.

Die Bürger und Unternehmen erwarten, dass die Verwaltungsprozesse internetgerecht gestaltet werden. Durch den bereits realisierten InfoHighway (IHL) der Landesverwaltung und das geplante Kommunale Datennetz (KDN) wird der erforderliche Datenaustausch zwischen staatlichen und kommunalen Behörden sichergestellt.“ (Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Georg Milbradt, am 16.05.2002 im Landtag).

Nachdem die SAKD im Jahr 2000 durch die beiden kommunalen Spitzenverbände, Sächsischer Landkreistag und Sächsischer Städte- und Ge-





meindetag, beauftragt wurde, ein Konzept für ein Kommunales Datennetz zu entwickeln, wurde aus diesen Planungen 2004 Wirklichkeit. Dieses Kommunale Datennetz besitzt Netzübergänge zum InfoHighway der Landesbehörden, zum Behördenverbund TESTA und ins Internet. Es erlaubt über den InfoHighway der Landesverwaltung Sachsen den Datenaustausch mit den Landesbehörden in Sachsen.

Zum besseren Verständnis: Das TESTA-Netz (Trans-European Services for Telematics between Administrations) ist ein bundesweites Datennetz zur Kommunikation zwischen Verwaltungsnetzen. Im TESTA-Netz sind alle Landes- und Bundesbehörden, der Bund der Sozialversicherer und darüber hinaus alle Kommunalverbände angeschlossen. TESTA besitzt, ebenso wie andere europäische Länder, einen Anschlussknoten zu TESTA-Europa in Brüssel, so dass über diesen Weg auch eine sichere Kommunikation zu anderen europäischen Behörden möglich ist.

Das Credo der Macher des InfoHighways ist unmissverständlich: Alle Mitarbeiter der sächsischen Landesverwaltung sollen über das Netz Daten austauschen können, als säßen sie in einem einzigen Gebäude. Vor Inbetriebnahme des InfoHighways war die Situation im Freistaat durch eine ganze Reihe von strukturellen Problemen gekennzeichnet. Das reichte vom dezentralen Aufbau von Netzinfrastrukturen mit einer Vielzahl von parallelen Verbindungen über eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten bis hin zu einer großen Zahl von kostenintensiven Einzelverträgen. Sachsens Landesregierung reagierte und initiierte den Aufbau des InfoHighways, der im Jahre 2001 als eine der modernsten und sichersten Kommunikationsinfrastrukturen Europas in Be-

trieb ging. Durch den InfoHighway Landesverwaltung Sachsen sind alle über 850 Landesbehörden – ganz gleich ob in Dresden oder Leipzig, Zwickau oder Görlitz – komplett miteinander vernetzt.

**„Die Bürger und Unternehmen erwarten, dass die Verwaltungsprozesse internetgerecht gestaltet werden. Durch den bereits realisierten InfoHighway (IHL) der Landesverwaltung und das geplante Kommunale Datennetz (KDN) wird der erforderliche Datenaustausch zwischen staatlichen und kommunalen Behörden sichergestellt.“**

**Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident  
des Freistaates Sachsen**

Bisher zeichneten Sachsens Kommunen selbst für ihre Kommunikationsverbindungen nach außen verantwortlich. Einzige Erleichterung war hier das Netz der Zweckverbände für kommunale Datenverarbeitung (KISA). Eine informationstechnische Verbindung mit den Landesbehörden war nicht möglich. Mit dem Kommunalem Datennetz ändert sich das. Es stellt die geschützte Verbindung der Städte, Gemeinden und Landratsämter unterein-



ander bereit und darüber hinaus noch kontrollierte Übergänge zum Internet, zum Behördennetz des Freistaats (IHL) und des Bundes (TESTA) für jeden Teilnehmer. Das KDN erlaubt somit die medienbruchfreie Vorgangsbearbeitung zwischen den kommunalen Verwaltungen und den Behörden von Freistaat, Bund und Europäischer Union.

#### **Optimale Kommunikationsinfrastruktur**

Die Gesamtverantwortung in Sachen IT-Koordination (Informationstechnologie) im Freistaat Sachsen nimmt die Koordinierungs- und Beratungsstelle für Informationstechnik (KoBIT) wahr. Für die wichtigen Teilbereiche Administration und Infrastruktur stellt die Leitstelle InfoHighway das organisatorische Zentrum dar. Fest eingebunden in alle Planungen, dies gilt insbesondere für die Vertretung der Interessen im kommunalen Bereich, ist die SAKD. „Wir haben mit Bund, Ländern und Gemeinden drei verfassungsrechtliche unabhängige Körperschaften. Im ungünstigsten Fall wird jeder unterschiedliche Schwerpunkte, andere Standards und Kompatibilitäten in der Automatisierung von Verwaltungsprozessen setzen“, umreißt Karl O. Feger, Direktor der SAKD, das größte Problem einer einheitlichen informationstechnischen Verknüpfung. Deshalb stellt die Beratung und Koordinierung der Kommunen durch die SAKD eine wesentliche Erfolgsvoraussetzung dar. Der weitaus größte Teil der Verwaltungsdienstleistungen und -anwendungen wird von den Kommunen realisiert. Und umso dringlicher wurde deshalb der weitere Ausbau der Infrastruktur des Kommunalen Datennetzes, um den Datenaustausch der Kommunen untereinander

der und zwischen den Kommunen und dem Freistaat Sachsen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. „Wir beraten die Kommunen bei der Auswahl von Hard- und Software, begleiten Ausschreibungen, entwickeln Informationstechnik-Standards und zertifizieren IT-Produkte und Verfahren. Wir werben in Landkreisen dafür, ein eigenes verwaltungsinternes Kreisportal zu bauen und damit die Zusammenarbeit auf eine moderne Kommunikationsplattform zu stellen.“ Karl O. Feger möchte der bürgernahen Verwaltung eine neue Qualität der Kommunikation ermöglichen, denn über das KDN lassen sich künftig organisationsübergreifende Dienstleistungen realisieren und zentral bereitgestellte Komponenten effektiv nutzen. „Vorerst haben wir mit dem KDN im übertragenen Sinne nur Straßen gebaut. Als nächsten Schritt müssen wir dieses ‚Straßen-Netz‘ mit sinnvollen Verfahren füllen. Wir wollen einen Mehrwert aus dem Netz ziehen. Mehr Wert als es an Mühen und Finanzen gekostet hat, sonst macht alles keinen Sinn.“ Bis Mitte 2004 sollen alle kreisfreien Städte, sämtliche Landratsämter und etwa die Hälfte der kreisangehörigen Kommunen in das Netz eingebunden werden. Damit wäre die infrastrukturelle Voraussetzung für ein behördenübergreifendes eGovernment geschaffen und alle Verwaltungsprozesse internetgerecht gestaltet. Dazu unterzeichneten der Freistaat Sachsen und die Kommunen, deren Interessen die SAKD vertritt, im Januar 2004 eine gemeinsame Erklärung. Ziel ist es, ein gemeinsames Portal für Land und Kommunen zu schaffen und so Sachsen aus einem Guss im Internet zu repräsentieren und seinen Bürgern ein Höchstmaß an Dienstleistungen auch über dieses Medium anzubieten.







**Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD),**

**Anstalt des öffentlichen Rechts**

Der weitaus größte Teil der Verwaltungsdienstleistungen und künftig auch der Anwendungen von eGovernment wird von den Kommunen realisiert. Umso dringlicher ist deshalb der Ausbau der Infrastruktur des Kommunalen Datennetzes (KDN). Im Jahr 2000 wurde die SAKD als neutraler und kompetenter Partner der Kommunen

für den Bereich kommunale Datenverarbeitung beauftragt, ein Konzept für ein kommunales Datennetz zu entwickeln.

Die SAKD arbeitet seit 1994 auf dem Gebiet der Informationstechnik für die kommunalen Körperschaften des Freistaates Sachsen als Beratungs- und Koordinierungsstelle. Sie erfüllt darüber hinaus den gesetzlichen Auftrag der Programmprüfung gem. § 87 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO).

**Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD)**

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Rechtliche Grundlagen | Gesetz über die Errichtung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKDG) vom 15.07.1994  |
| Mitarbeiter           | 22 Mitarbeiter   |
| Aufgaben              | Zu den besonderen Aufgaben gehören die Schaffung einer gemeinsamen Beratungs- und Koordinierungsstelle für die Kommunen als Interessenvertretung gegenüber dem Freistaat Sachsen sowie die Entwicklung von Informationstechnik-Standards und Zertifizierung von IT-Produkten und -Verfahren. |
| Sitz                  | Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD),<br>Bischofstraße 18, 01877 Bischofswerda, Telefon 03594 7752-0,<br>Fax 03594 7752-99, <a href="http://www.sakd.de">www.sakd.de</a>  |







**Die Milch macht's.**

Nur gesunde Kühe geben gute Milch und machen den Bauern glücklich.

**Sportschau im Ersten. Samstags von 18.10 Uhr bis 19.40 Uhr bringen acht Werbespots dem breiten Publikum die Vielfalt und den Stellenwert deutscher Agrarprodukte nahe. Im Mittelpunkt der Trailer steht die Milch – der älteste Energydrink der Welt. Durchschnittlich 4,7 Mio. Zuschauer erreicht das Flaggschiff der deutschen Sportsendungen mit dieser Botschaft.**

#### **Eine Extraportion gesunde Milch**

Bestes vom Bauern und Bestes vom Spielfeld – das scheint einfach ideal zusammenzupassen. Aber Werbung trägt nur einen Teil dazu bei, welche Meinung sich Verbraucher bilden und welche Entscheidungen, auch Kaufentscheidungen, sie schließlich fällen. Nur wenn die Qualität des Produktes überzeugt, können Werbekampagnen dem Absatz auf die Sprünge helfen. Milch zu produzieren ist ein mühsames Geschäft, die Gesunderhaltung der Kühe ebenso. Die „Einschaltquote“ des Rindergesundheitsdienstes der Sächsischen Tierseuchenkasse (SächsTSK) belegt 2002 mit 329 Beratungen in 225 sächsischen Landwirt-

schaftsbetrieben diese komplexe These. In Sachsen wurden 2002 in zirka 1.670 Betrieben rund 1,5 Mrd. kg Milch produziert. Etwa die Hälfte der Betriebe haben sich zu Erzeugergemeinschaften zusammengeschlossen. In dieser Zusammenarbeit werden Strategien und Aktivitäten zu Fragen des Qualitätsmanagements und der Haltung entwickelt und umgesetzt. Etwa zwei Drittel des Milchkuhbestandes werden in Beständen ab 350 Kühen gehalten. Dabei steigt die Durchschnittsleistung der Milchkühe von Jahr zu Jahr. 2001 lag die durchschnittliche Laktationsleistung der geprüften Milchkühe bei 7.629 kg (+ 236 kg zum Vorjahr). Inzwischen werden 8.030 kg gemolken





und Spitzenkühe mit mehr als 11.000 kg werden immer häufiger prämiert. Mehr als 99,8 Prozent der in Sachsen produzierten Milch geben die Bauern nach der Milch-Güteverordnung in der Qualitätsklasse 1 und davon rund 84 Prozent in der Klasse S ab.

**Mehr als 99,8 Prozent der in Sachsen produzierten Milch geben die Bauern nach der Milch-Güteverordnung in der Qualitätsklasse 1 und davon rund 84 Prozent in der Klasse S ab.**

#### **Tiergesundheit und Tierschutz**

Erfolge, die auch auf die Arbeit der Tiergesundheitsdienste der SächsTSK zurückzuführen sind. Dr. Karsten Donat, Fachtierarzt für Zuchthygiene und Besamung, berät im Rinder- und Eutergesundheitsdienst die Landwirte in tiergesundheitlichen Fragen. Die hohe Leistungsbereitschaft der Milchkühe erfordert eine hervorragende Betreuung, gute Haltungsbedingungen und ein modernes Herdenmanagement. Durch seine Beratung hilft der Tiergesundheitsdienst, Stoffwechsel- und Fruchtbarkeitsstörungen zu vermeiden, Euter- und Klauenerkrankungen vorzubeugen oder durch gezielte Prophylaxe Kälbererkrankungen einzudämmen. Die praktische Hilfe in der Bekämpfung von Infektionskrankheiten und bei anderen Bestandsproblemen unterstützt die Arbeit der Landwirte. Die Kontrolle der Melk- und Milchhygiene dient der Erhaltung der Eutergesundheit und dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung.

Dafür braucht der Veterinärmediziner der SächsTSK neben seinen Fachkenntnissen auch einen Einblick in die produktionstechnische Planung der Landwirte, um in der Zusammenarbeit mit dem Hoftierarzt die richtigen Empfehlungen aussprechen zu können. „Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit muss auch der Tierarzt wissen, wie ein Landwirtschaftsbetrieb funktioniert und wo die ökonomischen Hebel sitzen.“

#### **Der Lohn der Arbeit – der Milchpreis**

Der Kaiserhof – ein klassischer landwirtschaftlicher Mischbetrieb mit Schwerpunkt Kuhhaltung in Groß-Nauendorf, Kreis Kamenz. Seit die ehemalige LPG 1975 der Lichtenberger Genossenschaft zugeordnet wurde, ging es hier bergab. Konnte man Mitte der 70er stolze 4.000 kg Milch verbuchen, waren es 1990 noch ganze 3.000 kg. Andreas Kaiser, Meister der sozialistischen Landwirtschaft mit Erfahrungen als Springer, Kraftfahrer, Schicht- und Anlagenleiter konnte diese Bilanz nicht verschrecken. Er übernahm 1991 die heruntergewirtschafteten Ställe. „Es gab keine Alternative. Entweder privat weiterarbeiten oder gar keine Arbeit“, erinnert sich der damals 32-Jährige. Viel Geld wurde bisher investiert, die Mitarbeiterzahl schwankt saisonal zwischen 5 und 15 Arbeitskräften. „Nur der Milchpreis ist zum Mäusemelken und der Kostendruck nimmt gewaltig zu“, beschreibt Landwirt Kaiser die aktuelle Lage. Während die sächsischen Landwirte 2001 34 Cent für den Liter Milch erzielten, waren es im vergangenen Jahr nur noch 29 Cent. Die Prognose für dieses Jahr – 27 Cent – überschreite die Schmerzgrenze. Sollte sich diese Tendenz in



den nächsten Jahren fortsetzen, bedroht sie die Milcherzeuger in Sachsen in ihrer Substanz. Andreas Kaiser: „Bei diesem Preis können wir nicht mehr kostendeckend arbeiten. Dem gefallenen Erlös stehen steigende Kosten gegenüber, insbesondere weil der Betrieb infolge der Trockenheit des letzten Jahres über 100 Tonnen Futter kaufen musste. Die Menschen sollten mehr Milch trinken, nur bei hoher Nachfrage steigen die Preise wieder.“

1997 war der Hof in einer ähnlich schwierigen Situation. Es gab große Verluste bei den Kälbern. Von den etwa 15 Kälbern im Monat starben über die Hälfte. „Mit unseren Möglichkeiten kamen wir damals nicht weiter und fanden den Weg zur Tierseuchenkasse.“ Andreas Kaiser mag keine „Schwätzer oder Schauspieler“ – wo Zeit investiert wird, muss auch ein Ergebnis sichtbar werden. Kaiser lobt Dr. Donat als einen Mann, der zuhört und in seiner ruhigen, besonnenen Art wichtige Hinweise geben kann. Konsequenterweise wurden damals auf Anraten des Tiergesundheitsdienstes die neugeborenen Kälber von den Älteren getrennt und die Ställe immer wieder gesäubert, bis das Kälbersterben aufhörte. Heute beläuft sich der Verlust auf sechs Kälber im Jahr.

Dr. Karsten Donat kennt die Produktionsbedingungen und die Tiergesundheit vieler Rinderherden in Sachsen. Noch immer sind im sächsischen Landesdurchschnitt die Abgangsrate bei den Kühen zu hoch, ebenso bewegen sich die Kälberverluste durch Totgeburten und Verendungen in einer Größenordnung, die sich negativ auf die Reproduktionsbasis in den Landwirtschaftsbetrieben auswirkt. Deshalb konzentriert sich die Arbeit des Rindergesundheitsdienstes auf eine zielgerichtete Beratung, um Tierverluste und Leis-

tungseinbußen zu vermeiden. Das Ziel der Arbeit: Ein gesundes Kalb pro Kuh und Jahr bei langer Lebenszeit und hoher Milchleistung. In der Realität beträgt die durchschnittliche „Nutzungsdauer“ einer Kuh in Sachsen zwei bis drei Laktationen (Laktation: Milchbildungsperiode, das heißt, die Zeit in der die Kuh zwischen der Kalbung und dem Trockenstellen Milch gibt, im Durchschnitt sind das ca. 305 Tage). Eine optimale Wirtschaftlichkeit stellt sich aber erst nach der vierten Laktation ein. So ist die Zusammenarbeit zwischen den

**Kaiser lobt Dr. Donat als einen Mann, der zuhört und in seiner ruhigen, besonnenen Art wichtige Hinweise geben kann.**

landwirtschaftlichen Betrieben und dem Rindergesundheitsdienst der SächsTSK langfristig ausgelegt. Genauso wie die Partnerschaft zwischen der CMA (Centrale Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH) und der ARD. Bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland wird im Fernsehen vor jedem Spiel ein Glas Milch getrunken.

#### **Sächsische Tierseuchenkasse (SächsTSK), Anstalt des öffentlichen Rechts**

Die Tiergesundheitsdienste der SächsTSK für die einzelnen Tierarten (Pferde, Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Geflügel und Fische) beraten die sächsischen Landwirte auf Anforderung vor Ort und arbeiten eng mit den für die Betreuung zu-









ständigen niedergelassenen Tierärzten sowie anderen Organisationen/Einrichtungen zusammen. Die Abklärung von leistungsmindernden Krankheiten und Bestandsproblemen durch diagnostische Maßnahmen vor Ort, die Mitwirkung bei der Tierseuchenbekämpfung, die Unterstüt-

zung der Zuchtarbeit und die Mithilfe bei der Sicherung des Verbraucherschutzes gehören zu den Aufgaben der SächsTSK. Sie leistet Entschädigungen nach den Vorschriften des Tierseuchengesetzes und gewährleistet Beihilfen für Vorbeuge- und Bekämpfungsmaßnahmen.

### Sächsische Tierseuchenkasse (SächsTSK)

---

|  |   |
|--|---|
| Rechtliche Grundlagen                            | Grundlage für die Arbeit der SächsTSK sind das Tierseuchengesetz (TierSG) vom 11. April 2001, das Landestierseuchengesetz vom 22.01.1992 sowie die Beitrags- und die Leistungssatzung der SächsTSK in der jeweils geltenden Fassung.  |
| Mitarbeiter                                      | 7 Mitarbeiter in der Verwaltung, 12 Mitarbeiter im Tiergesundheitsdienst  |
| Anzahl der Tierbesitzer                          | Unter Beachtung der Tatsache, dass Tierbesitzer mehrere Tierarten gleichzeitig halten, sind im Jahr 2002 in Sachsen 17.935 Tierbesitzer gemeldet.   |
| Tierbestand in Sachsen (Meldung an die TKS 2002) | Jeder Tierbesitzer, der Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, Geflügel, Süßwasserfische oder Bienenvölker hält, ist verpflichtet, seine Tiere bei der SächsTSK anzumelden und dafür Beiträge zu entrichten.   |
| Beiträge   | Die Besitzer von Pferden, Rindern, Schweinen, Schafen, Geflügel, Süßwasserfischen und Bienen zahlen in nach Tierarten getrennte Einzelkassen Beiträge ein und erhalten daraus Leistungen gemäß der Leistungssatzung.  |
| Leistungen der SächsTSK                          | 2002 wurden an die sächsischen Landwirte 1.511.490,15 Euro Entschädigungsleistungen gezahlt. Die Aufwendungen für tierärztliche Leistungen im Rahmen der amtlichen Tierseuchenbekämpfung betragen 326.551,20 Euro. Zur Tollwutbekämpfung brachte der Freistaat Sachsen insgesamt 824.032,18 Euro auf. Die Kosten für die Entsorgung der verendeten landwirtschaftlichen Nutztiere werden in Sachsen zu je einem Drittel von der SächsTSK, dem Land und den Kommunen getragen. Bisher entstanden dem Landwirt dafür keine zusätzlichen Kosten. Der Anteil des Landes und der SächsTSK betrug 2.756.621,63 Euro. Für die Tiergesundheitsprogramme wurden 2.027.141,47 Euro bereitgestellt, für Untersuchungen auf Veranlassung der Tiergesundheitsdienste zudem 58.286,57 Euro. |
| Kontakt  | Sächsische Tierseuchenkasse (Geschäftsstelle), Löwenstr. 7a, 01099 Dresden, Telefon 0351 8060810, Fax 0351 8060812, <a href="http://www.saechstsk.de">www.saechstsk.de</a>  |

**Sächsische Tierseuchenkasse**  
 Löwenstraße 7 a  
 01099 Dresden  
 Telefon: 0351 / 8060810





**AUSGEZEICHNET**

## Wo auch mal Misstöne zum guten Ton gehören.

**Offene Blicke, strahlende Gesichter, voller Einsatz – eine Insel der Glücklichen. Mitten im krisengeschüttelten Osten Deutschlands findet sich ein ganz besonderer Schatz, ein Muster an Synergie und Lebensfreude: Der MDR Kinderchor.**

**Flüstern, Schreien und rhythmisches Sprechen** Probenalltag im Klangkörperdomizil, einem Neubau, der zwischen dem Gewandhaus und dem frisch sanierten ehemaligen Uni-Riesen am Leipziger Augustusplatz steht. Dort ist der MDR Kinderchor und das Management der Hauptabteilung Klangkörper, ein Notenarchiv und ein Instrumentenlager untergebracht. In den mit hochwertigen akustischen Innenschalen ausgestatteten Sälen musizieren die Chöre und das Sinfonieorchester des MDR. Draußen auf den Straßen wiegt sich der Frühling in seinen ersten Sonnenstrahlen. Aber diese schönen Märztag im unschönen politischen Streit um die Ergebnisse im Aufbau Ost zwingen den MDR Kinderchor drei-

mal pro Woche in den fensterlosen Probesaal, um sich unter Ausschluss jeder Öffentlichkeit konzentriert auf die 15. Tage der Internationalen Chormusik im italienischen Verona vorzubereiten. Von diesem internationalen Chorwettbewerb kehrten die Leipziger 1998 mit der „Goldenen Stufe“ und dem Prädikat „ausgezeichnet“ zurück – der erste Kinderchor in der Geschichte des Wettbewerbs, der sich neben renommierten Erwachsenenchören aus aller Welt an die Spitze singen konnte. Die Motivation, in diesem Jahr ein ähnliches Ergebnis zu erzielen, schwingt in jedem Ton der jungen Sänger. „The blue eye of god“, ein zeitgenössisches Chorwerk der kanadischen Komponistin Nancy Telfer,





zu dessen Ausdrucksmitteln auch Flüstern, Schreien und rhythmisches Sprechen gehören, wird Notenzeile um Notenzeile intoniert. Aufeinander hören. Immer wieder aufstehen, setzen und von vorn – noch vier Wochen Probezeit bis Verona.

Dirigent Gunter Berger nimmt auf, was vom Chor kommt. Die Bereitschaft der Mädchen und Jungen unterstützt er mit klaren Anweisungen, kleinen Späßen und einer ansteckenden Vitalität. „Jede Probe muss sich zu einem optimalen Punkt hin entwickeln, den man bei der nächsten Zusammenkunft als neue gemeinsame Basis für die weitere Arbeit nutzen kann. Wenn ich in den Chor hineinschaue, fühle ich genau, was ich jedem Einzelnen abverlangen kann. Ein Dialog ohne viele Worte.“

Gunter Berger weiß um jeden der insgesamt 120 jungen Sänger und Sängerinnen sehr genau. Um hier mitzusingen, braucht es neben den vielen Proben auch eine Ausbildung in Stimmbildung und Musiktheorie, die zweimal in der Woche stattfindet. Beginnend mit der musikalischen Vorschule für Kinder von 6 bis 12 Jahren über die „Kleinen“ von 9 bis 13 Jahren bis zu den „Großen“ haben Chorleiter und Sänger voneinander gelernt und sich den Atem im Proberaum über Jahre geteilt. „Eine Lebensschule. Im Miteinander seine eigene Leistung finden. Sich in den Klang stimmlich einbetten, ohne sich darin zu verstecken.“ Für Gunter Berger hat das Musizieren zweifellos einen positiven Einfluss auf die Persönlichkeit und bildet einen lebensbereichernden Wert an sich. Nach den quälenden Wiederholungen immergleicher Intervallsprünge sagt er: „Danke, ihr ward heute richtig gut. Verona ruft. Wir sehen uns übermorgen.“

### Drei Länder – ein Klang

Mitteldeutschland ist eine Region mit reicher musikalischer Tradition: Hier lebten und wirkten

**„Eine Lebensschule. Im Miteinander seine eigene Leistung finden. Sich in den Klang stimmlich einbetten, ohne sich darin zu verstecken.“ (Gunter Berger)**

Johann Sebastian Bach und Georg Friedrich Händel, Clara und Robert Schumann, Felix Mendelssohn Bartholdy; hier bestehen seit Jahrhunderten bedeutende Orchester und Kirchenchöre sowie führende Musikhochschulen und -verlage. Als öffentlich-rechtlicher Sender für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen pflegt der MDR die kulturellen Traditionen der Region nicht nur in seinen Radioprogrammen und TV-Sendungen, sondern engagiert sich auch als Partner oder Veranstalter. So spielt die Landesrundfunkanstalt in der Region als Kulturfaktor eine Rolle, die mit Blick auf kommunale Sparzwänge ständig an Bedeutung gewinnt. Das Sinfonieorchester, der Rundfunk- und der Kinderchor des MDR bereichern mit 80 Saison-, Sonder- und Gastkonzerten und dem jährlichen MDR Konzertsommer die Angebote der mitteldeutschen Musikszene. Klagen über dieses regionale Engagement sind nicht zu vernehmen, weder von anderen Kulturträgern noch von den Landesregierungen oder regionalen Verbänden und Vereinen. Und erst recht nicht von den Zuschauern und Hörern. Ohne



diese Angebote würden Regionen abseits der großen Städte kulturell verarmen, weil viele Konzerte dort nicht mehr stattfänden. Natürlich sind es insbesondere Klangkörper der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die mit ihren gesendeten Programmen nicht auf volle Säle angewiesen sind und somit auch zeitgenössische Werke und Uraufführungen oder auch unbekanntere Kompositionen präsentieren können. So fühlt sich auch der MDR Kinderchor einem breiten musikalischen Spektrum verpflichtet. Das Repertoire reicht vom einfachen Kinderlied bis zur zeitgenössischen Musik und der Mitwirkung in chorsinfonischen Werken. Aufführungen von Carl Orffs „Carmina Burana“, Gija Kantschelis „Lichte Trauer“, Krzysztof Pendereckis „Lukas-Passion“ oder Hector Berlioz’ „Fausts Verdammung“ stehen neben Auftritten mit den Bands von Peter Maffay und Chris de Burgh. 25 bis 30 Auftritte im Jahr sorgen für eine anspruchsvolle Konzertdichte.

**Als öffentlich-rechtlicher Sender für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen pflegt der MDR die kulturellen Traditionen der Region in seinen Radioprogrammen und TV-Sendungen als Partner und Veranstalter.**

#### **Klang ist ein Sekundenphänomen**

Verona, 18. April 2004. Die Direktorin des MDR Hörfunks Barbara Molsen begleitet die 55 Mäd-

chen und Jungen des Auftrittschores nach Verona. Sie drückt vor Ort die Daumen und sagt: „Sehr schön, dass die musische Ausbildung beim MDR eine derartige Qualität besitzt.“ Wenige Stunden später wird der einzige Kinderchor der ARD in der Kategorie „sakrale/weltliche Literatur“ mit einer Goldenen Stufe und dem Prädikat „Ottimo“ (ausgezeichnet) geehrt. Damit konnte das Ensemble den Erfolg von 1998 sogar noch überbieten. Der Chor um Dirigent Gunter Berger hatte nach der Entscheidung der internationalen Jury noch lange ein Gänsehaut-Gefühl und war stolz, „dass es in allen Teildisziplinen wie zum Beispiel Ausdruckskraft, Präzision und künstlerischer Gesamteindruck eine dicke Eins gab“. Zudem errang das Leipziger Ensemble einen Sonderpreis „für die beste Einstudierung und Interpretation eines zeitgenössischen Musikwerkes“ und wurde damit als einer der wenigen Kinderchöre unter mehr als 30 Erwachsenenchören aus Europa und den USA Gesamtsieger des renommierten Wettbewerbes. Jetzt war der Probenalltag im Klangkörperdomizil weit weg und doch so nah.

#### **Mitteldeutscher Rundfunk (MDR), Anstalt des öffentlichen Rechts**

Der MDR ist die öffentlich-rechtliche Hörfunk- und Fernsehanstalt für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit Sitz in Leipzig und mit Landesfunkhäusern in Dresden, Magdeburg und Erfurt sowie mehreren Regionalstudios und Korrespondentenbüros. Die fünftgrößte ARD-Anstalt produziert acht Radioprogramme und ein Fernsehprogramm und trägt 11,45 Prozent zum ARD-Gemeinschaftsprogramm bei. Der MDR ist federführend für den Kinder-









kanal von ARD und ZDF mit Sitz in Erfurt. Er produziert Spiel- und Dokumentarfilme, Fernsehfilme und -serien, Features, Hörspiele sowie Konzert- und Musikaufnahmen. Im MDR Text und im Internet unter [www.mdr.de](http://www.mdr.de) stehen weitere programm- begleitende Angebote zur Verfügung. Seit seiner Gründung im Jahr 1991 hat der MDR eine komplette Infrastruktur aufgebaut und ist heute das größte Medienunternehmen im Osten Deutsch-

lands. Neu errichtet wurden die Hörfunk- und die Fernsehzentrale, drei Landesfunkhäuser sowie mehrere Regionalstudios. Insgesamt wurden rund 500 Mio. Euro in den Aufbau des Senders investiert. Durch seine Beteiligungen an Produktionsfirmen und Dienstleistungsunternehmen gibt der MDR auch Impulse zum Aufbau einer medien-spezifischen Infrastruktur in Mitteldeutschland.

## Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Rechtliche Grundlagen | Gegründet durch den Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk vom 30. Mai 1991 zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.   |
| Mitarbeiter           | rund 2.000 feste und viele freie Mitarbeiter   |
| Hörfunkprogramme      | länderübergreifend: MDR Info, Jump, Sputnik, MDR Figaro sowie das digitale Radio MDR Klassik (alle mit Sitz in Halle/Saale)<br>Landeshörfunkprogramme: MDR 1 Radio Sachsen, MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt und MDR 1 Radio Thüringen<br>Beteiligung am DeutschlandRadio sowie eigene Online-Angebote   |
| Fernsehprogramm       | Seit 1997 ist das MDR Fernsehen erfolgreichstes Drittes Programm der ARD und erreichte 2003 durchschnittlich einen Marktanteil von 9,2 Prozent im Sendegebiet. Ergänzt wird das Angebot durch Beteiligungen an den Satellitenprogrammen 3sat, ARTE, KI.KA und PHOENIX sowie an ARD Digital.  |
| Klangkörper           | Der MDR unterhält ein Sinfonieorchester und einen Rundfunkchor mit internationalem Renommee sowie den einzigen Kinderchor der ARD.   |
| Gebühren              | Die Zuschauer und Hörer bezahlen die Programme mit ihren Beiträgen. Die Höhe der Rundfunkgebühr ist staatsvertraglich geregelt und beträgt zurzeit 16,15 Euro monatlich. Für 2003 waren für den MDR Erträge in Höhe von 661,3 Mio. Euro, davon rund 532 Mio. Euro Rundfunkgebühren (4,4 Mio. angemeldete Hörfunk- und 4,1 Mio. angemeldete Fernsehgeräte) geplant. Weitere wichtige Einnahmequellen sind: Rundfunkwerbung und Erträge aus Koproduktionen, Kofinanzierungen und Programmverwertungen. |
| Kontakt               | MDR-Zentrale, Kantstr. 71-73, 04275 Leipzig,<br>Telefon 0341 300-0, <a href="http://www.mdr.de">www.mdr.de</a>   |

**MDR Kinderchor**  
HA Klangkörper

**MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK**  
HA Klangkörper  
Augustusplatz 9 a · 04109 Leipzig  
Postanschrift: 04360 Leipzig





**Klinisch getestet**

## Auf dem besten Weg der Genesung.

**Kundenorientierung, Kosten, Rentabilität – bis vor wenigen Jahren im Medizinbetrieb kein Thema. Aber auch vor den Universitätskliniken, die früher als Bereiche mit nahezu unerschöpflichen Ressourcen galten, macht der Kostendruck der öffentlichen Kassen nicht mehr Halt. Das Universitätsklinikum Leipzig gilt als Modellfall für ein neues, dem Patientenwohl verpflichtetes, betriebswirtschaftliches Denken.**

### **Neues richtungsweisendes Klinikkonzept**

Vielen Krankenhäusern in Deutschland droht der Konkurs. „Die 2.221 Krankenhäuser in Deutschland brauchen in den kommenden vier Jahren dringend Fremdkapital in Milliardenhöhe, um vom Konkurs verschont zu bleiben. Der Investitionsbedarf ist dermaßen hoch, dass sich der Kreditbestand der Krankenhäuser bis zum Jahr 2010 verdreifachen wird. Die jährliche Mehrbelastung stiege dadurch von derzeit 500 Mio. auf dann zwei Milliarden Euro an.“ Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und die Unternehmensberatung Admed, die am 15.05.04

durch die Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlicht wurde. Die errechnete Mehrbelastung von 1,5 Mrd. Euro, die alleine 2,3 Prozent des Budgets von etwa 60 Mrd. Euro aller Krankenhäuser ausmache, werde „eine große Zahl von Kliniken in Schwierigkeiten bringen“, heißt es in der Untersuchung. Hauptbetroffene seien die Krankenhäuser in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, die neben kirchlichen und privaten Kliniken etwa ein Drittel ausmachen. Voraussichtlich würden in den nächsten sechs Jahren 321 Krankenhäuser schließen. Um wirtschaftlich zu überleben, müssten die Kliniken „ihre betrieblichen Strukturen fundamental ändern“, mahnt die Studie.





An diesen dringend eingeforderten fundamentalen Änderungen in den medizinischen Versorgungseinrichtungen arbeitet Dr. Elmar Keller, Kaufmännischer Vorstand des Universitätsklinikums Leipzig, schon seit Jahren mit einigem Erfolg. Leipzig gehörte schon einmal zu den drei besten Hochschulstandorten Deutschlands. Mit der im vorigen Jahr abgeschlossenen „Entwicklungskonzeption bis 2008“ ist die Basis vorhanden, schnell wieder an diese Tradition anzuknüpfen. So entstanden im Jahr 2003 auf dem Gelände des Universitätsklinikums das neue Operative Zentrum. Wir möchten eine „ganzheitliche Patientenbehandlung mit fächerübergreifendem Denken gewährleisten“, beschreibt Elmar Keller den Anspruch. Der Patient wird zunächst in einem interdisziplinären Diagnostikzentrum systematisch untersucht. Erst dann erfolgt die Verlegung auf die „Normalstation“ und die Therapie. Das verringert die Behandlungszeiten, optimiert den Krankentransport – der Personaleinsatz wird somit effektiver organisiert.

**28 Kliniken sind zu sechs Geschäftsbereichen zusammengefasst worden, denen die Verwaltung als Dienstleister zur Seite steht.**

Unter der Führung des Vorstandes hatte das Uniklinikum Leipzig im Jahr 2000 damit begonnen, aus einer Vielzahl von Einzelkliniken, die sich damals nicht als ein gemeinsames Klinikum empfunden haben, ein Zentrum für integrierte und patientenorientierte Medizin zu

entwickeln. Das Ziel der Reorganisation war, überflüssige Doppelstrukturen und Doppelleistungen durch die Bildung interdisziplinärer Kompetenz-Zentren zu beseitigen. 28 Kliniken sind inzwischen zu sechs Geschäftsbereichen zusammengefasst worden, denen die Verwaltung als Dienstleister zur Seite steht. Mit dem Bau des Konservativen Zentrums und des Mutter-Kind-Zentrums wird der Erneuerungsprozess 2008 abgeschlossen sein. Für die beiden Kliniken sind 195 Mio. Euro geplant.

**Effiziente und arbeitsteilige Strukturen**

Den größten Ausgabenblock der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verursachte 2003 die Krankenhausbehandlung, die mit 47 Mrd. Euro (plus 1,8 Prozent zu 2002) fast ein Drittel der Ausgaben beanspruchte. Aber unter dem Sparzwang der GKV wird sich dieses Zahlenwerk der Gesundheitsbranche in den nächsten Jahren stark verändern.

Dr. Elmar Keller kennt die Strategien der GKV sehr genau. Bis 1995 durchlief er verschiedene Stationen bei der AOK (Abteilungsleiter Marketing/Kommunikation beim AOK Bundesverband, Geschäftsführer der AOK Lübeck und Mitglied der Geschäftsführung der AOK Schleswig-Holstein). Danach war er Mitglied des Vorstandes der Rhön-Klinikum AG und zuständig für den Vorstandsbereich Sachsen. Seit dem 1. November 2000 ist Dr. Elmar Keller Kaufmännischer Vorstand des Universitätsklinikums Leipzig und bringt somit viel praktische Erfahrung in das Unternehmen ein.

2.242 Krankenhäuser, 834.585 Vollzeitmitarbeiter, 559.651 Betten, 167.012.964 Pflage tage: Die



Zahlen der bundesdeutschen Krankenhausstatistik 2000 waren beeindruckend. Und ein Vergleich mit 1990 zeigte damals schon den grundlegenden Wandel im Krankenhausmarkt. Vor zehn Jahren gab es 200 Krankenhäuser, 126.000 Betten und 40 Mio. Pflage tage mehr. Gleichzeitig nahm die Zahl der behandelten Fälle um 2,7 Mio. zu – ein Indiz für kürzere Verweildauern und effizientere Behandlungsmethoden. „Der durchschnittliche orthopädische Fall liegt heute noch zehn Tage im Krankenhaus. In wenigen Jahren werden das selbst nach schwierigen Eingriffen nur noch 3,5 bis vier Tage sein“, prognostiziert Dr. Elmar Keller die Entwicklung. „In den nächsten fünf Jah-

**„In den nächsten fünf Jahren wird der Bedarf an Krankenhausbetten um ein Drittel sinken“, prognostiziert Dr. Elmar Keller.**

ren wird der Bedarf an Krankenhausbetten um ein Drittel sinken.“ Zudem orientierte sich das neue Abrechnungssystem gegenüber der GKV mit Beginn des Jahres 2004 an den Fallkostenspau schalen. Die Krankenkassen zahlen pro Diagnose nur noch einen Fixbetrag, etwa 6.000 Euro für einen Herzinfarkt mit Katheterbehandlung oder 2.100 Euro für einen komplizierten Schienbeinbruch. Wer Gewinne schreiben möchte, muss den Patienten also kostengünstiger behandeln. Deshalb sieht der Vorstand Dr. Elmar Keller in seinen Chefärzten auch den „kostenbewussten, dienstleistungsorientierten Manager“. Mit Insellösungen einzelner Abteilungen, fehlenden

Schnittstellen zu anderen Systemen und historisch gewachsenen Strukturen musste Schluss gemacht werden, um eine moderne Prozessoptimierung einzuleiten, in der neben hervorragender Patientenbetreuung, Forschung und Lehre auch Kostenbewusstsein und Informationsmanagement stehen. „Die Identität der Ärzte nicht zu zerstören, indem man ihnen eine neue Rolle in einem arbeitsteiligen Prozess innerhalb eines modern gemanagten Krankenhauses gibt – das klingt trivial, ist aber die Quadratur des Kreises.“ Ein anderer harter Schritt in diesem Prozess war die Verabschiedung der Anstalt des öffentlichen Rechts aus dem öffentlichen Dienst. Gemeinsam mit dem Dresdner Klinikum sind die Sachsen nicht mehr im Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) und verfügen zurzeit über keinen öffentlich-rechtlichen Tarifvertrag. Neue einzelvertragliche Regelungen schaffen intelligente Anreizsysteme für die Ärzte, die umsatz- und ergebnisabhängige Gewinnbestandteile beinhalten. Dr. Elmar Keller liebt es, auch andere Wege zu gehen. Als er die kaufmännische Leitung des Uniklinikums Leipzig übernahm, besuchte er mit mehreren Chefärzten die Mercedes-Benz-Niederlassung vor Ort. „Die Mediziner sollten die Prozesse in der Automobilindustrie kennen lernen. Zu 99 Prozent sind sie die gleichen wie im Krankenhaus“. Seitdem wird unter den ärztlichen Führungskräften über Effizienzsteigerungen im eigenen Haus diskutiert. Krankenhausmanager Keller liefert die Stichworte: Kostenbewusstsein, Innovation, Veränderungsbereitschaft. Seine Arbeit gleicht einer Operation am offenen Herzen. Kein Zufall: Mit Ausnahme der Herzchirurgie gibt es am Universitätsklinikum Leipzig alle medizinischen Fachrichtungen.









**Universitätsklinikum Leipzig (ULK),  
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Forschen, Lehren, Heilen – aus Tradition für Innovation, in diesem Sinne versteht die Hochschulmedizin Leipzig seit 1799 (die Fakultät sogar seit 1415) ihren Auftrag, exzellente Ergebnisse in Forschung und Lehre sowie in der klinischen Versorgung von Menschen jeden Alters zu erzielen. Hierzu sollen erfolgreiche Strategien der Vergangenheit an die Gegenwart angepasst und in die

Zukunft projiziert werden, denn an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert besaß die Leipziger Universitätsmedizin Weltgeltung. Aus Tradition für Innovation – also zurück in die Zukunft – heißt das Leitmotiv der Hochschulmedizin zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Hauptstandort der Leipziger Universitätsmedizin ist das „Medizinische Viertel“ rund um die Liebigstraße, welches seine unverwechselbare Identität durch die vielen villenartigen Gebäude der Gründerzeit erhielt.

Universitätsklinikum Leipzig (ULK)

|                           |  |
|---------------------------|--|
| Rechtliche Grundlagen     | Das Universitätsklinikum Leipzig wurde als Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Gesetz über die Hochschulmedizin des Freistaates Sachsen vom 6. Mai 1999 zum 1. Juli 1999 begründet. Das UKL fördert ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Satzungszweck ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die Forschung und Lehre für die Universität. |
| Mitarbeiter               | 3.810 Vollkräfte, 740 Berufsfachschüler  |
| Kennzahlen (Stand 2003)   | 28 Kliniken und Polikliniken, 4 Institute, 1.474 Betten insgesamt (95 teilstationär), zirka 45.700 Patienten stationär + 1.514 teilstationär, zirka 260.000 Patienten ambulant   |
| Umsatz                    | 225 Mio. Euro Umsatz 2003  |
| Wirtschaftliche Situation | - 12,9 Mio. Euro (2000), - 1,9 Mio. Euro (2001), + 9,8 Mio. Euro (2002) + 13,9 Mio. Euro (2003)  |
| Landeszuschüsse           | keine  |
| Investitionen             | Investitionen in den vergangenen 12 Jahren (in Gebäude und Technik): 421,5 Mio. Euro   |
| geplante Investitionen    | 195 Mio. Euro (Zentrum für Konservative Medizin, Zentrum für Frauen- und Kindermedizin)  |
| Kontakt                   | Universitätsklinikum Leipzig, Liebigstraße 27, 04103 Leipzig, Telefon 0341 9715905, Fax 0341 9715906, www.uniklinik-leipzig.de   |







**Mit Brief und Siegel**

## Beglaubigen statt glauben, beraten statt raten – zum Notar geht, wer sichergehen will.

**Der Gesetzgeber schreibt in einer Vielzahl von Fällen die Mitwirkung eines Notars vor. Angeordnet sind Beurkundungs- oder Beglaubigungspflichten für Sachverhalte oder Geschäfte, die entweder nicht alltäglich sind oder deren Bedeutung sehr weit in die Zukunft reicht. 167 Notare in Sachsen beraten unparteiisch Geschäftsbeteiligte auf dem Gebiet der vorsorgenden Rechtspflege. Bedeutende Aufgaben für die unabhängigen Träger eines öffentlichen Amtes werden von der Ländernotarkasse wahrgenommen.**

### **Das Notariat – Brennglas der Gesellschaft**

Der „Zweite Fortschrittsbericht“ über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland“ (November 2003) beginnt mit den Worten: „Auch im letzten Jahr verlief die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern aufs Ganze gesehen enttäuschend“ und endet mit der Feststellung, dass „die Möglichkeiten der Politik, den Aufbauprozess in den neuen Ländern zu beschleunigen, zunehmend geringer werden“. Aber ein Blick auf die Fakten zeigt: Die Wirtschaftslage in den neuen Ländern entspricht derzeit weitgehend der gesamtdeutschen Entwicklung. Und in Sach-

sen verlief die Wirtschaftsentwicklung für das Gesamtjahr 2003 sogar bedeutend günstiger als im Bundesdurchschnitt. Während das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern (ohne Berlin) 2003 um 0,4 Prozent anstieg, lag der Durchschnitt in den alten Ländern um 0,2 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Der Anteil Sachsens am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt beträgt 3,6 Prozent. Das sächsische Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2003 sogar gegenüber dem Vorjahr real um 1,5 Prozent. In diesem Zahlenspiel versteckt: Um den Osten insgesamt auf den Beinen zu halten, müssen die alten Länder





noch immer jährlich 4,5 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung dorthin transferieren. Aber egal wer diese Bilanzen, aus welcher Perspektive auch immer, für sich schönrechnet – nirgendwo besser als in einem Notariat kann man den von Ökonomen,

**Wie in einem Brennglas werden durch die Beurkundung wichtiger Geschäfte im wirtschaftlichen oder persönlichen Bereich aktuelle ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse sichtbar.**

Politikern und Verbandsfunktionären prognostizierten Aufstieg oder Niedergang Ostdeutschlands beobachten. Wie in einem Brennglas werden durch die Beurkundung wichtiger Geschäfte im wirtschaftlichen oder persönlichen Bereich aktuelle ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse sichtbar.

Die Notarinnen Antje Beyer und Martina Möller eröffneten, die Zulassung noch ausgestellt vom Justizministerium der DDR, im Oktober 1990 ihre Notariatskanzlei in Leipzig. „Inzwischen sind die Mandanten rar geworden. Gemessen an den besten Jahren 1996 und 1997 hat sich das Geschäft heute mindestens halbiert“, resümiert Antje Beyer die Nachfrage ihrer Dienstleistungen. Beraten wird zu Fragen des Ehe- und Familienrechtes, vom Ehevertrag über Adoption, Scheidungs- und Partnerschaftsvertrag bis zur Vorsorgevollmacht. Auch Testament und Erbe, Immobilien



und Gesellschaftsrecht gehören zu den Tätigkeiten der Notarinnen.

Der Sinn und die große Chance einer notariellen Regelung besteht darin, späteren Streit um ein abgeschlossenes Rechtsgeschäft zu verhindern. Ermittelt werden muss, was jeder der Beteiligten mit einem Vertrag erreichen möchte, um einen Weg zu finden, der allen Interessen gleichermaßen Rechnung trägt, und so das gemeinsame Ziel auf einem möglichst sicheren Weg erreicht wird. Diese inzwischen von vielen modern als „Mediation“ bezeichnete Tätigkeit ist wohl die wichtigste Aufgabe des Notars.

**Notar ist eine Amtsbezeichnung**

Die ungefähr 450 staatlichen Notare in der DDR fungierten als weisungsgebundene Organe der vorsorgenden Rechtspflege.

Wegen ihrer relativen Ferne zum SED-Parteiapparat erarbeiteten sie in ihrer „Nischenexistenz“ großes Vertrauen bei der Recht suchenden Bevölkerung. Ihre berufliche Zukunft jedoch lag mit der Wiedervereinigung im Ungewissen, denn das Schicksal des Berufsstandes wurde in den Wirren der gesellschaftspolitischen Neuorganisation in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Für die damalige Justiziarin Antje Beyer und die Vertragsrichterin Martina Möller war diese Wendezeit Anlass, ihren Beruf zu wechseln, denn um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen auf eine rechtliche Grundlage zu stellen, wurden freiberufliche Notare gesucht. „Die neue Rechtsordnung konfrontierte uns seinerzeit insbesondere auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts mit völlig neuen Fragen. Ein Arbeitstag reichte regelmäßig bis in die späten Abendstunden



den, um die enorme Nachfrage nach notariellen Dienstleistungen zu befriedigen“, erinnert sich Notarin Martina Möller an die Anfänge. Die große

**„Die neue Rechtsordnung konfrontierte uns seinerzeit insbesondere auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts mit völlig neuen Fragen. Ein Arbeitstag reichte regelmäßig bis in die späten Abendstunden, um die enorme Nachfrage nach notariellen Dienstleistungen zu befriedigen.“ Notarin Martina Möller**

Herausforderung bestand für die Diplomjuristen darin, ab einer Stunde Null die Bevölkerung umfassend mit Leistungen der vorsorgenden Rechtspflege zu versorgen. Ausgebildete Notariatsmitarbeiter waren schlicht nicht vorhanden. Wie die Vergangenheit lehrt, konnte diese Herausforderung erfolgreich gemeistert werden. „Heute haben sich die Dinge normalisiert: Für die Zulassung zum Notaramt ist neben besten Studiennoten ein dreijähriger Vorbereitungsdienst als Notarassessor erforderlich, auch hochqualifizierte Mitarbeiter sind in ausreichender Zahl vorhanden.“

Eine weitere wichtige Voraussetzung zur Festigung des bis dahin auf dem Territorium der DDR unbekanntes freiberuflichen Notariats stellte die Gründung der Ländernotarkasse nach dem Vorbild der Notarkasse München dar, die vor allem

die Bereitschaft der noch schwankenden Kollegen des ehemals staatlichen Notariats steigerte, den Schritt in die Freiberuflichkeit zu wagen. Die Existenz der Ländernotarkasse sichert die flächendeckende Notarversorgung in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als solidarische Einrichtung eines Berufsstandes.

Der Notar, und so ist sein Beruf auch in der Bundesnotarordnung geregelt, agiert „unabhängig“. Aber diese Unabhängigkeit beginnt mit seiner wirtschaftlichen Position. Bleibt sein Berufseinkommen in einem Kalenderjahr hinter der Eingangsbesoldung eines Richters am Amtsgericht der Besoldungsgruppe R 1 gem. § 2 Abs. 1 der zweiten Besoldungsübergangsverordnung im Freistaat Sachsen mit gleichem Familienstand zurück, so gewährt ihm die Ländernotarkasse eine Einkommensergänzung in Höhe des Unterschieds-

**„Die Zahl der Einkommensergänzungsanträge steigt – dies ist die direkte Folge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.“**

**Dr. Stefan Hüttinger, Geschäftsführer der Ländernotarkasse**

betrages. „Die Zahl der Einkommensergänzungsanträge steigt – dies ist die direkte Folge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region“, kennzeichnet Dr. Stefan Hüttinger, Geschäftsführer der Ländernotarkasse, die Situation.









**Ländernotarkasse,  
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Die Ländernotarkasse ist zuständig für das Gebiet der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sie gehört der Landesverwaltung des jeweiligen

Sitzlandes an. Der Dienstsitz ist Leipzig; die Ländernotarkasse untersteht der Rechtsaufsicht des Justizministeriums des Freistaates Sachsen, das diese Aufsicht nach näherer Vereinbarung mit den Justizverwaltungen der Länder im Tätigkeitsgebiet der Ländernotarkasse ausübt.

**Ländernotarkasse**

---

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Rechtliche Grundlagen | Eine bundesgesetzliche Regelung hat die seit 1990 bestehende Ländernotarkasse im Jahr 1998 in § 113a Bundesnotarordnung (BNotO) erfahren; zuvor war die gesetzliche Grundlage in § 39 der Verordnung über die Tätigkeit von Notaren in eigener Praxis (VONot) niedergelegt.  |
| Mitarbeiter           | 22 Mitarbeiter   |
| Leistungen            | Die vielfältigen Aufgabenbereiche der Ländernotarkasse sind in § 113a Abs. 3, 8 und 9 BNotO, § 87 Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelt. Dazu zählen die erforderliche Ergänzung des Berufseinkommens, die Versorgung der unterschiedlichen Berufsangehörigen, die einheitliche Durchführung der Versicherungen der Notare, die Förderung der wissenschaftlichen und praktischen Fortbildung der Notare und Notarassessoren sowie die fachliche Ausbildung des Personals der Notare einschließlich der Durchführung von Prüfungen, die Bereitstellung der Haushaltsmittel der im Gebiet der Ländernotarkasse gebildeten Notarkammern sowie die Zahlung der Bezüge der Notarassessoren. In den Fällen, in denen ein Notarverwalter zu bestellen ist, etwa bei einer Amtsniederlegung vor der Wiederbesetzung, übernimmt die Ländernotarkasse das wirtschaftliche Risiko der verwalteten Notarstelle. Die Kostenprüfung der einzelnen Notarstellen und alle damit zusammenhängenden Tätigkeiten stellen das umfangreichste Aufgabengebiet der Ländernotarkasse dar. |
| Landeszuschüsse       | Die vielgestaltigen Aufgaben werden eigenverantwortlich durch die Berufsträger, allein auf der Grundlage der Abgabenerhebung von den Notaren und ohne jegliche Inanspruchnahme öffentlicher Mittel wahrgenommen.   |
| Kontakt               | Ländernotarkasse (Geschäftsstelle), Springerstraße 8, 04105 Leipzig, Telefon 0341 59081-0, Fax 0341 59081-66, <a href="http://www.laendernotarkasse.de">www.laendernotarkasse.de</a>   |





**ACHTUNG  
AUFNAHME**



## Damit Kinder nicht abschalten, wenn Sie einschalten.

**Informationen sind für sich genommen nur ein Rohstoff. Um sie zu nutzen, braucht es Kompetenz – Medienkompetenz – ein häufig verwendeter Begriff in der öffentlichen Kommunikation. Die von der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) eingerichteten Sächsischen Ausbildungs- und Erprobungskanäle (SAEK) eröffnen Rundfunkinteressenten Wege zur Herausbildung dieser Medienkompetenz.**

### **Kinderzimmer auf Empfang**

In den letzten Jahren wird in zahlreichen Publikationen, Tagungen und öffentlichen Statements aller gesellschaftlichen Gruppen in seltener Eintracht gefordert, dass zur Vorbereitung auf das Leben in der „Medien- und Informationsgesellschaft“ die Medienkompetenz verstärkt als Schlüsselkompetenz gesehen werden und besonders gefördert werden soll. Auf dem Gebiet der Medien sind alle Lernende. Diese Anforderungen berühren nicht nur Kinder, Schüler und Jugendliche, sondern auch Eltern, Lehrer und Senioren. Die Erziehung eines jeden Bürgers zur Medienkompetenz, zum verantwortungsvollen Umgang

mit den vielfältigsten Medien wie Hörfunk, Fernsehen und neuen Medien, ist Sache der ganzen Gesellschaft. Und so hat sich die SLM in den letzten Jahren verstärkt der Erziehung zur Medienkompetenz zugewandt. Bisher konnten Sachsens Bürger in acht Städten (Bautzen, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Hoyerswerda, Leipzig, Plauen und Zwickau) lernen, mit den Medien Hörfunk und Fernsehen fachlich souverän und somit kritisch umzugehen. Die insgesamt elf Sächsischen Ausbildungs- und Erprobungskanäle (SAEK) vermitteln seit 1997 in umfangreichen Kurssystemen kostenlose Ausbildungsangebote zu journalistischen und studientechnischen Grundlagen.





Reflektiert werden soll der Rundfunk und seine Wirkungen aus journalistischer, medienethischer, rechtlicher, wirtschaftlicher sowie medienpädagogischer Sicht. Die Kurse sollen auch dazu beitragen, dass sich die Teilnehmer kritisch mit Medieninhalten auseinandersetzen. Sie erfahren, welche Studiotechnik es gibt und wie damit gearbeitet wird. Während der Kurse erstellen sie selbst Hörfunk- oder Fernsehbeiträge. Das nötige journalistische und technische Rüstzeug wird ihnen begleitend vermittelt. So können Journalisten, „Seiteneinsteiger“, zukünftige Redakteure und andere beruflich Interessierte im SAEK ihre journalistische Kompetenz erhöhen. Aber auch interessierte Laien werden befähigt, mit der ständig wachsenden Vielfalt der Medien verantwortungsvoll umzugehen und Beiträge bewusst auszuwählen. Das macht Sinn, denn die Deutschen verbringen immer mehr Zeit vor dem Fernsehgerät. Im vergangenen Jahr summierte sich der TV-Konsum auf durchschnittlich drei Stunden und 33 Minuten pro Tag. Dies sei eine Steigerung um 15 Minuten im Vergleich zu 1998, bilanzierte das Institut der deutschen Wirtschaft. In Ostdeutschland sahen die Zuschauer mit täglich drei Stunden und 49 Minuten besonders viel fern. Auch für die Kinder ist das meistgenutzte elektronische Spielzeug – trotz Handy und Spielekonsole – noch immer der Fernseher. Entscheidender Faktor für die Mediennutzung ist die Verfügbarkeit der Geräte, und da nimmt das Fernsehen wieder eine Sonderstellung ein: Es steht nicht nur in quasi allen Haushalten, fast 40 Prozent der 6- bis 13-Jährigen haben sogar einen eigenen Apparat – das sind doppelt so viele wie 1990. Eine aktuelle ARD/ZDF-Studie zeigt, dass acht von zehn der befragten 6- bis 13-Jährigen sich „jeden oder fast

jeden Tag“ vor die Mattscheibe setzen. Dazu hat sich fast unmerklich das Spektrum der elektronischen Medien im Leben der Kinder in den vergangenen Jahren stark erweitert. Neben dem PC haben Handy und Internet das Medienrepertoire ergänzt. Gut ein Viertel der Kids besitzt schon ein

**Im vergangenen Jahr summierte sich der TV-Konsum auf durchschnittlich drei Stunden und 33 Minuten pro Tag. Dies sei eine Steigerung um 15 Minuten im Vergleich zu 1998.**

eigenes Handy. Für sechs Prozent gehört ein eigener PC mit Internetzugang zur technischen Ausrüstung. Virtuelle Spielplätze ersetzen immer häufiger die realen Wippen, Schaukeln und Sandkästen.

#### **SAEK – flächendeckende Medienkompetenzvermittlung**

Das Eintreten der SLM für den Komplex Medienkompetenz ergibt sich aus deren Aufgabe, medienpädagogische Projekte und Maßnahmen zu fördern. Mit dem dynamischen Wachstum der Medienlandschaft müssen auch die Fähigkeiten bei Hörern und Zuschauern geschult werden, Quantität und Qualität des Angebotes für sich zu nutzen. Und so wurde mit dem Inkraft-Treten des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes (SächsPRG) im Juni 1991 der SLM unter § 28, Ziffer 16 die Aufgabe zur „Förderung von Projekten zur Förde-



„Medienkompetenz“ übertragen. Seit dem 1. März 2002 führt dieses Gesamtprojekt das SAEK-Förderwerk für Rundfunk und neue Medien gGmbH fort. Dabei lag der Schwerpunkt der Medienkompetenz fördernden Aktivitäten des SAEK-Förderwerkes bisher bei den audiovisuellen Medien.

„Wir wurden damals gesucht“, erinnert sich Dr. Bärbel Jacob, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Medienpädagogik/Weiterbildung und pädagogische Leiterin des SAEK-Hörfunk Leipzig an die Anfänge. Als die SLM 1997 die SAEK ausrief, bewarb sich der damals als „Verein zur Förderung der Medienforschung und -ausbildung e.V.“ tätige Trägerverein und bekam den Zuschlag. So wurden die Ausbildungsräume des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig auch Standort eines SAEK, und der SLM kamen bei dieser Auswahl die vorhandenen gewachsenen Strukturen zu Gute. Die intensive Kursarbeit im Bereich Hörfunkjournalismus und das große Angebot im Bereich Medienpädagogik (Schülerkurse) gründeten sich auf der studentischen Ausbildung. „Medienkompetenz kann man nicht vermitteln. Ich kann nur medienkompetent werden, indem ich mich aktiv einbringe.“ Nach diesem Grundsatz boten Dr. Bärbel Jacob und ihr Team mit großem Erfolg bis Ende Juni 2004 journalistische und medienpädagogische Kurse an. „Mit der Herabsetzung der jährlichen SLM-Förderung von 2,1 Mio. Euro auf 1,6 Mio. Euro wird es zukünftig nicht mehr möglich sein, das gesamte Spektrum an Standorten und Dienstleistungen aufrechtzuerhalten. Verstehen kann ich nicht, warum gerade in diesem wichtigen Bereich bei der SLM gespart wird. Aber wir müssen diese Entscheidung, unseren SAEK-

Standort zu schließen, akzeptieren.“ Diplompädagogin Dr. Jacob weiß, dass auch der SAEK-Projektbetrieb in Görlitz, Zwickau und Hoyerswerda erst nach langen Diskussionen vorerst bis zum 31. Dezember 2004 verlängert wurde. Eine Weiterführung der Projekte – an allen drei Standorten oder in verringertem Umfang – über das Jahresende 2004 hinaus kommt nur in Betracht, wenn es gelingt, neue finanzielle Mittel in spürbarer Größenordnung anzuwerben. So appelliert das SAEK-Förderwerk vor allem an die betroffenen Kommunen, zum Erhalt dieser Einrichtungen unterstützend tätig zu werden.

Den von elf auf fünf reduzierten SAEK-Kombinationsprojekten (Hörfunk und Fernsehen) stehen bis 2008 keine Veränderungen ins Haus, da die SLM als Träger des Förderwerkes ihre Zuwendungen für das SAEK-Gesamtprojekt festgeschrieben hat, um den einzelnen SAEK Standorten Planungssicherheit zu geben. Die SLM wird in den kommenden Jahren verstärkte finanzielle Aufwendungen zur Förderung des digitalen Rundfunks in Sachsen betreiben, so lautet die Begründung für die vorgenommenen Kürzungen.

Da die technischen Innovationszyklen in unserer „Medien- und Informationsgesellschaft“ immer kürzer werden, rücken menschliche und technische Informationsverarbeitung in Zukunft noch enger zusammen, als wir es ohnehin schon von den traditionellen Medien kennen. So bleibt allein die aktive Mediennutzung die Methode, um die im 21. Jahrhundert benötigten Lernprozesse zu vermitteln. „Die Zukunft gehört der aktiven Medienarbeit“, davon ist auch Dr. Bärbel Jacob überzeugt, um aus der Bedienungskompetenz von technischen Geräten in die mediatisierte Lebenswelt zu finden.









**Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM),  
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Für die Kontrolle der privaten Hörfunk- und Fernsehveranstalter sind die Landesmedienanstalten zuständig. Im Freistaat Sachsen wird diese Aufsichtsfunktion von der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) wahrgenommen. Im April 1992 erhielt Radio PSR die erste Sendelizenz der SLM, im November folgten Antenne Sachsen und die beiden Lokal-

radioketten Energy Sachsen und Sächsisches Lokalprogramm (SLP). Seit Bestehen der SLM wurden insgesamt 44 UKW-Frequenzen für die Veranstaltung von Radioprogrammen zugewiesen. Auf diesen Frequenzen werden derzeit 22 Programme angeboten. Als erstes terrestrisch verbreitetes Lokalfernsehen startete im Oktober 1993 die Drehscheibe Chemnitz. Derzeit gibt es in Sachsen beim lokalen Fernsehangebot 86 Lizenznehmer für 133 Programme in 1.440 erfassten Kabelanlagen.

**Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM)**

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Rechtliche Grundlagen | Gesetz über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen (Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG) vom 1. Juli 1991 in der Fassung der Änderung vom 23. Januar 2004  |
| Mitarbeiter           | 23 Mitarbeiter   |
| Aufgaben              | Die Landesanstalt sorgt für die Durchführung der Bestimmungen des Sächsisches Privatrundfunkgesetzes (SächsPRG). Dazu zählen unter anderem: Förderung und Ausbau der Rundfunkversorgung, Förderung der technischen Infrastruktur zur Versorgung des gesamten Landes mit neuen Rundfunkübertragungstechniken, Förderung und Entwicklung von Mediendiensten, Erteilung der Zulassung zur Veranstaltung von Rundfunk, Regelung der Verbreitung oder Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen, Förderung der Vielfalt und Qualität bei der Produktion und Verbreitung von Programmen, Förderung von Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Unterstützung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet des Rundfunks, Förderung von Projekten zur Förderung der Medienkompetenz sowie Erlass von Satzungen und Richtlinien. |
| Gebühren              | 5,55 Mio. Euro (2003), etwa 1,7 Prozent der Rundfunkgebühren   |
| Kontakt               | Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM), Ferdinand-Lassalle-Straße 21, 04109 Leipzig, Telefon 0341 2259-0, Fax 0341 2259-199, <a href="http://www.slm-online.de">www.slm-online.de</a>  |



## Bericht über das Geschäftsjahr 2003

|   |    |
|---|----|
| Lagebericht   | 56 |
| Bericht des Verwaltungsrates  | 64 |
| Personalbericht   | 65 |
| Förderbericht   | 66 |
| Wirtschaftsförderung  | 67 |
| Wohnungs- und Städtebauförderung  | 72 |
| Öffentliche Kunden,<br>Landwirtschafts- und Umweltförderung             | 74 |
| Bearbeitung der Hilfsprogramme zur<br>Beseitigung der Hochwasserschäden | 75 |
| Jahresbilanz 2003   | 76 |
| Gewinn- und Verlustrechnung   | 80 |
| Anhang zum Jahresabschluss  | 82 |

Die Sächsische Aufbaubank ist die Förderbank des Freistaates Sachsen. Sie hat am 1. Juni 1996 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen.

Durch formwechselnde Umwandlung der Sächsischen Aufbaubank GmbH ist die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - mit Wirkung vom 12. Juli 2003 gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank - Förderbank - (Fördbankgesetz) vom 19. Juni 2003 (SächsGVBl. vom 11. Juli 2003, Seite 161) als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts errichtet.

Die SAB ist vom Freistaat Sachsen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet. Grundlage hierfür ist das Förderbankgesetz, das von den Möglichkeiten der Verständigung mit der EU-Kommission über die Ausrichtung rechtlich selbstständiger Förderinstitute in Deutschland vom 01. März 2002 Gebrauch macht. Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die durch das Förderbankgesetz übertragenen Aufgaben im eigenen Namen und auf eigene Rechnung oder für das Land oder andere öffentliche Stellen. Sie ist zuständig für die Durchführung der Förderung in den im Gesetz aufgezählten Bereichen. Hierzu gehören insbesondere die Gewährung und Verwaltung staatlicher Finanzhilfen auf den Gebieten der Wirtschaftsförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- und Umweltschutzförderung.

Die Bank erfüllt ihre Aufgaben insbesondere durch Gewährung und Verwaltung von Zuschüssen und Darlehen sowie durch Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen. Die Bank kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen.

Für die Durchführung der ihr nach dem Förderbankgesetz übertragenen Aufgaben erhält sie – auf der Grundlage von Einzelvereinbarungen mit den jeweiligen sächsischen Staatsministerien – ein angemessenes Entgelt.

Die Sächsische Aufbaubank ist als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen zur Wettbewerbsneutralität verpflichtet. Da die Bank nicht am allgemeinen Wettbewerb teilnimmt, ist sie von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

### Neugeschäft

Das Geschäftsjahr 2003 war durch die Nachwirkungen der Flutkatastrophe beeinflusst. Die im Rahmen der Hochwasserprogramme von der SAB bewilligten staatlichen Finanzhilfen machen 38 % des Bewilligungsvolumens der Bank in 2003 aus. Die Bank hat bis zum 31.12.2003 insgesamt 72.102 Hochwasseranträge entschieden.

Das Neugeschäft an Förderdarlehen, Bürgschaften und Zuschüssen betrug im Geschäftsjahr 2003 2.227,1 Mio. €. Davon entfielen 871,8 Mio. € auf die Eigentums- und Mietwohnungsbauförderung und hierbei insbesondere auf die Gewährung von Förderergänzungsdarlehen in Höhe von 152,1 Mio. € sowie auf die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Hochwasserhilfen. 566,1 Mio. € wurden als Aufbauhilfe ausgereicht. Im Bereich der Eigentumsförderung konnte ein Darlehensneugeschäft in Höhe von 80,1 Mio. € und im Mietwohnungsbaubau von 116,9 Mio. € erreicht werden. Ferner wurden im Förderbereich Eigentumsförderung Übergangs- und Dauerbürgschaften in Höhe von 0,8 Mio. € übernommen sowie 0,7 Mio. € Zuschüsse bewilligt.

Die Wohnungsmärkte im Freistaat Sachsen waren in 2003 weiterhin vom Überangebot an Wohnraum geprägt. Der seit Mitte 2000 vollzogene Wandel in der Wohnungsbauförderung, der darauf zielt, die bestehenden Überkapazitäten auf den sächsischen Wohnungsmärkten abzubauen, wurde in 2003 konsequent fortgeführt. Die Bank hat in 2003 weiterhin die sächsischen Städte und Gemeinden bei den in die Wege geleiteten Stadtumbaumaßnahmen unterstützt. In der Rückbauförderung hat die Bank Zuschüsse im Rahmen des Landesrückbauprogramms für 430 Wohneinheiten in Höhe von 1,7 Mio. € bewilligt. Im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ hat die Bank Zuschüsse für städtebauliche Aufwertung in Höhe von 21,4 Mio. € und für den Rückbau von rund 19.500 Wohneinheiten in Höhe von 82,2 Mio. € bewilligt.

In der Wirtschaftsförderung konnten im Rahmen der Zuschussprogramme Mittel in Höhe von 671,3 Mio. € ausgereicht werden. Davon entfielen 270,6 Mio. € auf die Hochwasser-Hilfsprogramme. Das zentrale Instrument der einzelbetrieblichen Förderung war erneut die GA-För-



derung mit einem Bewilligungsvolumen von 394,6 Mio. €. Im Bereich der Außenwirtschafts- und Marktzugangsförderung wurden 6,1 Mio. € ausgereicht.

In der Gründungs- und Wachstumsförderung betrug das Darlehensvolumen 9,8 Mio. €.

Für Vorhaben der mittelständischen sächsischen Wirtschaft wurden Bürgschaften in Höhe von 5,2 Mio. € übernommen. Gleichzeitig wurden Rettungs- und Umstrukturierungsdarlehen in Höhe von 5,3 Mio. € ausgereicht.

Die Qualität und die Anzahl der Beratungsleistungen des Beratungszentrums Konsolidierung konnten weiter gesteigert werden. Im vergangenen Jahr wurden 2.488 Beratungen, insbesondere zu betriebswirtschaftlichen und finanziellen Fragestellungen, durchgeführt.

In der Technologieförderung wurden in 2003 Zuschüsse in Höhe von 118,3 Mio. € bewilligt. Die SAB hat im Kommunalbereich Darlehen in Höhe von 120,2 Mio. € ausgereicht, die meisten davon an kommunale Zweckverbände für Wasser und Abwasser.

Die Finanzierungen von Maßnahmen in der Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 343,6 Mio. € verteilen sich auf Zuschüsse in Höhe von 292,4 Mio. € und Darlehen in Höhe von 51,2 Mio. €. Im Bereich der Krankenhausvorfinanzierung hat die Bank erstmals Darlehen in Höhe von 57,8 Mio. € ausgereicht.

Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH – eine 100%ige Tochter der SAB – hat im Geschäftsjahr 2003 insgesamt 15 Beteiligungen mit einem Volumen von 7,3 Mio. € (im Vorjahr 3,0 Mio. €) zugesagt. Der Beteiligungsbestand zum 31.12.2003 belief sich damit auf ca. 40 Mio. €. Zwischen der SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH und der Bank besteht ein Dienstleistungsvertrag.

#### **Bilanz**

Die Bilanzsumme der SAB erreichte per 31. Dezember 2003 ein Volumen von 16.236,1 Mio. € (Vorjahr 16.229,6 Mio. €). Sie wird noch erheblich durch das Treuhandgeschäft in Höhe von 6.612,5 Mio. € (Vorjahr 6.897,2 Mio. €) geprägt, das die Bank für die Landeskreditbank

Baden-Württemberg - Förderbank - verwaltet.

Das Eigengeschäft der Bank macht nunmehr mit 9.624,6 Mio. € 59 % der Bilanzsumme aus (Vorjahr 9.332,4 Mio. € bzw. 58 %).

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich auf 861,7 Mio. € (Vorjahr 671,4 Mio. €), davon Darlehen im Hausbankverfahren in Höhe von 201,4 Mio. € (Vorjahr 223,6 Mio. €). Die Forderungen an Kunden belaufen sich auf 8.398,2 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr (8.239,9 Mio. €) ist das eine Steigerung um ca. 2%.

Die Bank hat in 2003 Investitionen in Höhe von 2,1 Mio. € getätigt. Diese betrafen im Wesentlichen EDV Hard- und Software.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen 8.560,8 Mio. € (Vorjahr 8.177,0 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Refinanzierungsdarlehen bei der Landesbank Sachsen Girozentrale, Landesbank Baden-Württemberg, Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank -, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Europäischen Investitionsbank. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf 90,4 Mio. € (Vorjahr 91,1 Mio. €) und resultieren vor allem aus bewilligten, aber noch nicht ausbezahlten Fördermitteln.

#### **Eigenkapital**

Das Stammkapital der Bank beträgt 260,0 Mio. € und die Rücklagen 52,7 Mio. €. Das haftende Eigenkapital der Bank liegt per 31. Dezember 2003, einschließlich der begebenen stillen Beteiligungen und nachrangigen Verbindlichkeiten, bei 571,2 Mio. €.

#### **Ertragslage**

Das Betriebsergebnis des Geschäftsjahres 2003 betrug vor Bewertungsänderungen 66,4 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von 3,3 Mio. € (= 5,2 %).

Der Zinsüberschuss erhöhte sich auf 97,3 Mio. € (Vorjahr 96,3 Mio. €) und der Provisionsüberschuss weist eine Steigerung auf 23,9 Mio. € aus (Vorjahr 20,3 Mio. €).

Im Hinblick auf die weiterhin schwierige Lage des Wohnungsmarktes – insbesondere im risiko-

reichen Mietwohnungssegment – hat die Bank die erforderlichen Beträge in die Risikovorsorge eingestellt. Insgesamt wurden 67,7 Mio. € (inkl. Direktabschreibungen) der Risikovorsorge zugeführt. Zu weiteren Informationen verweisen wir auf den Risikobericht.

Der Jahresüberschuss beträgt unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und nach Risikovorsorge 0,5 Mio. € (Vorjahr 2,6 Mio. €). Er wird in Höhe von 20 % (= 0,1 Mio. €) der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt. Der Restbetrag von 0,4 Mio. € wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

#### **Personalbericht**

Die Bank beschäftigte zum 31. Dezember 2003 642 Mitarbeiter (gerechnet auf Vollzeitbasis) – davon 33 Aushilfen – und hatte zehn Auszubildende aus den Bereichen Wirtschaftsinformatik und Bankwirtschaft.

Der Schwerpunkt bei der Weiterbildung lag im Bereich der Kreditausbildung.

Die Bank bietet Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen an. In 2003 hat die Bank mit zehn Mitarbeitern eine Altersteilzeit-Vereinbarung geschlossen. In 2003 gingen 24 Mitarbeiter in Altersteilzeit und zwei Mitarbeiter in den Vorruhestand.

#### **Beteiligungen/Mitgliedschaften**

Die Bank hält neben den 100%igen Beteiligungen an der SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH (102,2 T€) und an der Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH (25,0 T€) Beteiligungen in Höhe von 5,9 % (766,9 T€) des Stammkapitals an der Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden, und 12,4 % (1.278,2 T€) des Stammkapitals an der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden.

An der Sächsisches Staatsweingut GmbH mit Sitz in Radebeul ist die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - zu 100 % beteiligt. Das Stammkapital beträgt 25 T€.

Die Bank gehört der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH sowie dem Einlagensiche-

rungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands an.

#### **Risikobericht**

Die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Einhaltung der Grundsätze I und II und der Großkreditbestimmungen sowie für die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften. Es wurden Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft getroffen. Die im Dezember 2002 in Kraft getretenen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute wird die Bank planmäßig bis zum 30. Juni 2004 umsetzen.

Die Bank entwickelte im Rahmen ihres Gesamtkonzeptes zur Risikosteuerung ihre Instrumente zur risikogerechten Steuerung planmäßig fort. Die Bank hat in 2003 eine Kreditrisikostategie erstellt, welche mindestens jährlich überprüft wird und die Grundlage für das betriebene Kreditgeschäft bildet. Zur Überwachung des Kreditportfolios erstellt die Bank vierteljährlich einen Kreditrisikobericht, welcher sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Berichterstattung an die Geschäftsleitung und den Verwaltungsrat der Bank dient.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditportfolios sowie einzelner Teilportfolios hat die Bank ein Reportingsystem, insbesondere für die (Früh-)Erkennung und Überwachung kritischer und risikobehafteter Engagements, entwickelt. Neben einem Watchlistsystem auf der Grundlage kontenbezogener Negativmerkmale stehen zur Steuerung von Teilportfolios Entwicklungs- und Ausfallprognosen sowie Portfolioanalysen zur Verfügung.

Für die Klassifizierung und Steuerung von Kreditrisiken verwendet die Bank Rating- und Scoringssysteme. Die eingesetzten Systeme werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Trennschärfe untersucht und gegebenenfalls angepasst. Die teilportfoliobezogenen Klassifizierungsverfahren werden zielgerichtet zu einem Klassifizierungsverfahren auf Gesamtbankebene weiterentwickelt.

Für die Beurteilung der Standortentwicklung

setzt die Bank eine regionalisierte Wohnungsmarktanalyse ein, welche Entwicklungstrends aufzeigt.

Währungsrisiken bestanden in einem Einzelfall und wurden im Rahmen der Risikovorsorge berücksichtigt.

Die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - ist Nichthandelsbuchinstitut gemäß § 2 Abs. 11 KWG. Sie verfügt über ein umfassendes, den Erfordernissen der Handelsaktivitäten angemessenes Risikomanagement. Spezifische Risiken des Handelsgeschäfts (Marktpreis-, Liquiditäts- und Adressenausfallrisiken) werden über EDV-gestützte Systeme gemessen und täglich über ein Reporting bewertet und überwacht. Die Darstellung des Marktpreisrisikos erfolgt durch Ermittlung eines Value-at-Risk auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Modells, welches durch ein regelmäßiges Backtesting überprüft wird. Daneben werden – im Rahmen eines Monatsreportings – verschiedene Stressszenarien simuliert, die Parallelverschiebungen, Drehungen sowie historisch beobachtete Extremveränderungen der Zinskurve beinhalten. Jahresbezogene Verlustobergrenzen, an denen die geschäftspolitischen Maßnahmen ausgerichtet werden, sind für die unterschiedlichen Risikoarten definiert.

Gemäß den Anlagekriterien der Bank wurden ausschließlich von mit mindestens AA- bzw. Aa3-gerateten Emittenten begebene fest- und variabelverzinsliche Wertpapiere bzw. Pfandbriefe und Kommunalobligationen erworben. Die Bank erwirbt Anleihen und Schuldverschreibungen von Regionalregierungen, örtlichen Gebietskörperschaften oder Banken eines Teilnehmerlandes der EWWU, Staatsanleihen von Ländern der OECD, Anleihen und Schuldverschreibungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Geltungsbereich des KWG, Sondervermögen des Bundes oder anderer Emittenten, soweit die Papiere von den vorgenannten Stellen gewährleistet werden.

Darüber hinaus ist der Erwerb von Anleihen und Schuldverschreibungen von Kreditinstituten im Geltungsbereich des KWG oder von anderen Emittenten, soweit die Papiere von Kreditinstituten im Geltungsbereich des KWG gewährleistet werden, möglich.

Die für die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - relevanten operationellen Risiken wurden umfangreich (u. a. im Rahmen eines self-assessment) erfasst und werden bei Bedarf aktualisiert. Die Maßnahmen und Strategien zur Begrenzung derartiger Risiken werden dokumentiert. Eingetretene Schadensfälle werden in der SAB erfasst. Das innerbetriebliche Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu begrenzen. Teilweise (z. B. im EDV-Bereich) arbeitet die Bank mit externen Dienstleistern zusammen. Versicherungen bestehen im notwendigen Umfang.

Die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - war im Berichtsjahr im Arbeitskreis „Risikomanagement für das Fördergeschäft“, im Arbeitskreis für die „Umsetzung der MAK in Förderbanken“ sowie in der Kommission für „Risikomanagement und Controlling“ und dem Ausschuss für Risikomanagement und Bilanzierung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands vertreten.

Dem Aktivgeschäft stehen überwiegend kongruente Refinanzierungen gegenüber. Risiken werden EDV-technisch über eine Zinsänderungsbilanz erfasst. Durch die Limitierung des Risikos aus offenen Positionen werden mögliche Ergebnisbeeinträchtigungen begrenzt. Die SAB betreibt eine barwertige Zinsrisikosteuerung, welche ebenfalls auf einem Value-at-Risk-Ansatz basiert.

Die geschilderten Maßnahmen zur Risikoidentifizierung und -begrenzung sind im Organisationshandbuch der Bank sowie den Arbeitshandbüchern der zuständigen Abteilungen beschrieben. Darüber hinaus wurde im Jahr 2003 ein Risikohandbuch für die SAB in Kraft gesetzt, in welchem alle für die SAB relevanten Risiken dokumentiert und bewertet sowie Maßnahmen zur Risikosteuerung und die Verantwortlichkeiten im Risikomanagementprozess dargestellt werden.

In dem aus dem Vorstand sowie ausgewählten Abteilungsleitern bestehenden Risikoausschuss werden alle für die Bank relevanten Risikobereiche – sowie die Auswirkungen von Managemententscheidungen auf diese Risikobereiche – einer kritischen Betrachtung unterzogen.



Einen Schwerpunkt im Risikomanagement bildete in 2003 die Umsetzung der neuen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft. Das Kreditrisiko der Bank ist nach wie vor von der sehr schwierigen Lage am sächsischen Wohnungsmarkt geprägt. Seit 1996 hat sich die Bank im Auftrag des Freistaates durch die Ausreichung von überwiegend nachrangigen Förderdarlehen intensiv an der Beseitigung der Wohnungsnot, welche nach der Wende bestand, beteiligt. Die inzwischen entstandenen Ungleichgewichte auf den Märkten sollen durch den Stadtumbauprozess beseitigt werden. Seit 2000 haben der Freistaat Sachsen und seit 2001 der Bund umfangreiche Finanzhilfen hierfür zur Verfügung gestellt. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen waren sowohl die Kommunen als auch die Wohnungsunternehmen nicht in der Lage, den Rückbauprozess zeitnah in Gang zu setzen. Planerische und rechtliche Hindernisse sowie die Widerstände der Bewohner führten zu Zeitverzögerungen bei der faktischen Marktberreinigung durch konkrete Abrisse von überflüssigem Wohnraum. Im abgelaufenen Jahr setzte jedoch eine zunehmende Dynamik ein. Die Verzögerung beim Rückbau belastete die Wohnungswirtschaft zusätzlich mit Mietausfällen und leerstandsbedingten Kosten und verschärfte insoweit auch die Risikolage der Bank. Die im Rahmen des Rückbaus mögliche Entlastung von Altschulden hat im Übrigen die Unternehmensplanung der Wohnungswirtschaft stark beeinflusst. Die vorgeschriebene Prüfung durch die jeweiligen Wirtschaftsprüfer (WP) ist auch für die Bank erstmals eine wichtige Bestätigung. Die Zusammenführung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte, die die SAB als Bewilligungsstelle des Stadtumbauprogramms erhält und prüft, mit den WP-geprüften Planungen der Unternehmen erlaubt zunehmend eine auch unternehmensbezogene Beurteilung der Entwicklung der Wohnungswirtschaft im Freistaat Sachsen. Für das abgelaufene Geschäftsjahr hat der Freistaat der Bank deshalb einen Bürgschaftsrahmen von 175 Mio. € zur Verfügung gestellt und ist damit einer Praxis anderer Länder gefolgt. Damit bekennt sich der Freistaat zu seiner Verantwortung für die Sanierung der Wohnungsmärkte. Die

Bank geht davon aus, dass dies auch für die Zukunft der Fall sein wird. Die Bank hat die Bürgschaft in Höhe von 174,7 Mio. € ausgeschöpft und ihre Engagements in der Immobilienwirtschaft aus der Einzelrisikovorsorge insoweit herausnehmen können. Zur weiteren Abschirmung der Risiken aus der sächsischen Wohnungswirtschaft, insbesondere im Mietwohnungsbau, hat die Bank Risikovorsorge in Höhe von 67,7 Mio. € (inkl. Direktabschreibungen) getroffen. Der Bürgschaftsrahmen des Freistaates Sachsen wurde in Einzelfällen nicht nur in Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge, sondern deutlich darüber hinaus belegt.

Diese Bürgschaften stellen für die Bank wertehaltige Zusatzsicherheiten dar, da sie als modifizierte Ausfallbürgschaften ausgestaltet sind, welche der Bank eine Inanspruchnahme des Bürgen erleichtern.

Die Kommunen werden ihrer Verantwortung für die Entwicklung der lokalen Wohnungsmärkte mehr und mehr gerecht. In den meisten Kommunen ist eine wesentliche Reduzierung des überzähligen Wohnungsangebotes vorgesehen. Ein Ausgleich der Wohnungsmärkte zeichnet sich jedoch erst langsam ab. In Übereinstimmung mit der Wohnungspolitik des Freistaates richtet sich daher die Geschäftspolitik der Bank weiterhin vor allem auf die Stabilisierung der die lokalen Wohnungsmärkte prägenden Marktteilnehmer. Der Fokus der Förderung im Bereich Mietwohnungsbau liegt dabei weiterhin wie in den vergangenen Geschäftsjahren auf dem Rückbau von Wohnungen zur Unterstützung der Umsetzung der integrierten Stadtentwicklungskonzepte.

Die – marktprägenden – kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sind in der weitaus überwiegenden Zahl im abgelaufenen Geschäftsjahr in der Lage gewesen, den schwierigen Umbauprozess am Wohnungsmarkt voranzutreiben, ohne in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet zu sein.

Bei der Begleitung der sächsischen Wohnungswirtschaft arbeitet die SAB als staatliche Förderbank eng mit den zuständigen Stellen der sächsischen Kommunalaufsicht zusammen. Auch die kommunalen Wohnungsgesellschaften erwirt-

schaften in zunehmendem Maße Verluste, die zu Eigenkapitalverzehr und in Einzelfällen auch zu Liquiditätsproblemen führen. Die Bank beurteilt diese Unternehmen trotz ihres kommunalen Hintergrundes wie andere Unternehmen auch. Bei genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sind negative Entwicklungen für die Zukunft gleichfalls vorhersehbar oder zumindest nicht auszuschließen.

Der Freistaat und die Förderbank sind weiter bemüht, Insolvenzen relevanter Marktteilnehmer, auch im Hinblick auf die privaten Immobilienbesitzer, im Vorfeld zu verhindern.

#### **Ausblick**

Sachsen hat die Hauptlast bei der Bewältigung des Stadtumbauprozesses in Ostdeutschland zu tragen. Im Jahr 2002 waren insgesamt 414.000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden unbewohnt. Dies entspricht einer durchschnittlichen Leerstandsquote von 17,6 %, bezogen auf den sächsischen Gesamtwohnungsbestand. Über 40 % der in den neuen Ländern leer stehenden Wohnungen entfallen auf Sachsen. Fast jede fünfte Wohnung im Bestand der sächsischen Wohnungsunternehmen ist zurzeit nicht vermietet.

Nach dem Mitte des Jahres 2000 erfolgten Paradigmenwechsel in der sächsischen Wohnungsbaupolitik hat der Freistaat Sachsen im Rahmen eines ausschließlich aus Landesmitteln finanzierten Landesrückbauprogramms als erstes ostdeutsches Land umfangreiche Finanzhilfen für Rückbaumaßnahmen bereitgestellt. Im Jahr 2002 ist die Nachfrage nach diesen Rückbaumitteln sprunghaft angestiegen. Darin zeigte sich, dass sich die Erkenntnis einer Entwicklung weg von wachsenden hin zu schrumpfenden Wohnungsmärkten in einem zweijährigen Umdenk- und Neuorientierungsprozess bei den wesentlichen Akteuren auf den sächsischen Wohnungsmärkten und bei den kommunalen Verantwortungsträgern schrittweise durchgesetzt hat. Städtebauliche Planungen und Unternehmenskonzepte für den in den nächsten Jahren zu gestaltenden Schrumpfungsprozess wurden entwickelt. Die Konzeptionsphase des Stadtumbauprozesses

ist mittlerweile soweit vorangekommen, dass die Bewilligungsvoraussetzungen für die Bereitstellung von Stadtbaumitteln (Integrierte Stadtentwicklungskonzepte, Unternehmenskonzepte) jetzt bereits in vielen Regionen Sachsens vorliegen.

Seit 2002 führt die SAB im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung auch die Förderung nach dem Bund-Land-Programm Stadtbau Ost in den Programmbereichen Rückbau und Aufwertung durch.

Bis Ende 2003 wurde im Rahmen des Landesrückbauprogramms und des Bund-Länder-Programms Stadtbau Ost mit einem Volumen von insgesamt 188,3 Mio. € der Rückbau von rund 47.000 Wohneinheiten bewilligt.

Davon wurden bis Ende 2003 insgesamt rund 17.000 Wohneinheiten abgerissen. Für 2004 rechnet die Bank mit weiteren Abrissen in Höhe von knapp 20.000 Wohneinheiten.

Der Bedarf an Stadtbaumitteln ist im Programmjahr 2004 insbesondere im Bereich Rückbau nochmals deutlich angestiegen, so dass sich abzeichnet, dass nicht alle von den sächsischen Kommunen geplanten Rückbauvorhaben durch die Bereitstellung von Stadtbaumitteln finanziell flankiert werden können.

Dennoch ist es Ziel der Sächsischen Staatsregierung, ab 2004 jährlich rund 25.000 Wohneinheiten vom Markt zu nehmen. Nur wenn in dieser Größenordnung das Angebot an Mietwohnungen in den nächsten Jahren verknappt wird, kann es gelingen, das Überangebot schrittweise der gesunkenen Nachfrage anzupassen und dadurch den Wohnungsleerstand spürbar zu vermindern. Die SAB wird als Förderbank des Freistaates Sachsen und Partner der wichtigsten Akteure auf dem sächsischen Wohnungsmarkt ihren Beitrag zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der von hohen Wohnungsleerständen gekennzeichneten lokalen Wohnungsmärkte leisten.

Die Bank hat den hiermit verbundenen Risiken der SAB im Jahresabschluss 2003 Rechnung getragen. Darüber hinaus bleibt es eine gemeinsame Aufgabe des Freistaates Sachsen und der Bank, die Lage auf dem sächsischen Wohnungsmarkt zu stabilisieren. Die SAB geht davon aus,

dass der Freistaat Sachsen sich auch künftig mit erheblichen Mitteln an der Erreichung dieses Zieles beteiligen wird.

Die Bank plant in 2004 ein Neugeschäft an Darlehen, Zuschüssen und Bürgschaften von insgesamt 1.285 Mio. € und ein sich daraus ergebendes Betriebsergebnis vor Bewertungsänderung in Höhe von 54 Mio. €. Nach Bewertungsänderung wird, bedingt durch die anhaltend schwierige Lage auf dem sächsischen Wohnungsmarkt, von einem Jahresergebnis auf Vorjahresniveau ausgegangen. Um die Risikotragfähigkeit der SAB auch mittelfristig zu stabilisieren, ist die Bank auf die Übertragung von zusätzlichen Geschäftsfeldern durch den Freistaat Sachsen angewiesen. Verhandlungen hierüber haben bereits begonnen.

Mit Beginn des Jahres 2004 gestaltet die SAB in Abstimmung mit dem SMWA die Abwicklung des Fördergeschäftes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) neu. Ab diesem Zeitpunkt gewährt die SAB die Förderungen im Direktverfahren – ohne Zwischenschaltung einer Hausbank – in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts. Bei der GA-Förderung rechnet die Bank auch für 2004 mit einer weiterhin hohen Nachfrage.

Das Gründungs- und Wachstumsfinanzierungsprogramm (GuW) ist ebenfalls verbessert worden. Konkret geht es um eine Vergünstigung der Zinskonditionen, insbesondere für Gründer, um eine Kombinierbarkeit mit der GA-Zuschussförderung und um eine Aufnahme der Heilberufe in die Förderung. Das GuW-Darlehensprogramm soll künftig eng mit den Bürgschaftsangeboten von Bürgschaftsbank Sachsen GmbH und SAB verzahnt werden. Die Bank erwartet im Rahmen des GuW eine deutliche Ausweitung des Geschäftes.

Im Mai 2004 wurde das Gemeinsame Technische Sekretariat (GTS) bei der SAB eingerichtet. Das GTS übernimmt Managementaufgaben zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A in Sachsen, Tschechien und Polen. Dem GTS kommt eine zentrale Netzwerkfunktion zwischen antragstellenden Projektträgern und staatlichen Einrichtungen der beteiligten Länder zu.

Die SAB erwartet bei den Konsolidierungs- und

Liquiditätshilfedarlehen sowie beim Beratungszentrum Konsolidierung ein Geschäft auf Vorjahresniveau.

Das Liquiditätshilfe-Darlehensprogramm wird auch im Jahr 2004 für Betriebe mit Liquiditäts- und Rentabilitätsproblemen zur Verfügung stehen. Es wird vor allem im Zuge von Forderungsausfällen, überhöhten Lieferantenverbindlichkeiten, überzogenen Kontokorrentrahmen oder zur Finanzierung eines erweiterten Betriebsmittelbedarfs für Unternehmen mit Wachstumschancen in Anspruch genommen werden.

Die SAB rechnet auch für das Jahr 2004 mit einer starken Inanspruchnahme der Technologieförderprogramme. Im Hinblick auf die nur begrenzt verfügbaren Haushaltsmittel werden an Projektanträge sehr hohe Anforderungen gestellt.

Seit Anfang 2004 ist die SAB für die Durchführung der Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zuständig. Hierdurch wurde die Zuständigkeit für Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung in Sachsen weiter bei der SAB als zentralem Förderinstitut des Freistaates Sachsen zusammengeführt.

Seit Beginn des Jahres ist die SAB für Zuschüsse zur Existenzgründung durch Arbeitslose, zur Einstellung arbeitsloser Personen in Dauerarbeitsverhältnisse und zu Anträgen für Qualifizierungsprojekte zuständig. Andere Programme, wie die Förderung von Berufsausbildungsplätzen, Ausbildungsverbänden und Zusatzqualifikationen, werden zum 01.01.2005 von der Bank übernommen. Für die Abwicklung des Europäischen Sozialfonds hat die SAB ein neues Verfahren zur elektronischen Antragstellung entwickelt, wodurch das Antrags- und Bewilligungsverfahren transparenter und kundenfreundlicher wird.

Im Bereich Umweltschutzförderung wird die SAB auch in 2004 zinsverbilligte Darlehen und Liquiditätshilfedarlehen an Wasser-/Abwasserzweckverbände ausreichen. Im Rahmen eines neuen Darlehensprogramms „Wasserwirtschaftliche Maßnahmen“ werden vor allem Trinkwasservorhaben gefördert. Das erwartete Volumen beträgt bis zu 25 Mio. €.

Im Bereich Landwirtschaftsförderung erwartet die Bank ein höheres Zuschussvolumen und – wie in 2003 – aufgrund der Vorteilhaftigkeit der



Zuschussprogramme ein niedriges Darlehensvolumen.

Das voraussichtliche Darlehensvolumen für die Durchführung der Fördervorfinanzierung von Krankenhausinvestitionen beträgt für 2004 rund 60 Mio. €.

Für das Jahr 2004 wird auch mit einer Ausweitung der Neugeschäftsabschlüsse im Kommunalbereich gerechnet. Dies betrifft die Umsetzung von investiven Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes, der Regeneration von Rohstoffen bzw. des Einsatzes erneuerbarer Energien.

Dresden, 27. Mai 2004

Dr. Joachim Freiherr v. Seckendorff-Aberdar  
Stefan Weber  
Rainer Irmen

## Bericht des Verwaltungsrates

Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben hat der Aufsichtsrat respektive seit der Umwandlung der Sächsischen Aufbaubank GmbH in die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - zum 12. Juli 2003 der Verwaltungsrat insbesondere die Tätigkeit der Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat und seine Mitglieder im mündlichen und schriftlichen Kontakt laufend über die wesentlichen Vorgänge der Bank informiert.

Der Aufsichtsrat trat am 23. März, 16. Juni, der Verwaltungsrat am 15. September und 15. Dezember 2003 zu ordentlichen Sitzungen zusammen.

Im Kreditausschuss des Verwaltungsrates wurden Beschlüsse über Organkredite sowie über weitere in seine Zuständigkeit fallende Kreditengagements getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2003 wurden durch die zum Abschlussprüfer bestellte PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Dem Verwaltungsrat wurden der Jahresabschluss, der Prüfungsbericht und der Lagebericht durch den Vorstand vorgelegt. Nach eigener Prüfung der Vorlagen stimmt der Verwaltungsrat dem Jahresabschluss und dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu und beschließt den Jahresüberschuss von 0,5 Mio. € zu 20 % (= 0,1 Mio. €) der satzungsmäßigen Rücklage zuzuführen sowie den Restbetrag von 80 % (= 0,4 Mio. €) in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Der Verwaltungsrat  
Dr. Horst Metz  
Vorsitzender

## Personalbericht

Zum Jahresende 2003 betrug die Zahl der Mitarbeiter – gerechnet auf Vollbeschäftigtenbasis – 642, davon 33 Aushilfen. Im Jahresdurchschnitt lag die Zahl der Mitarbeiter und Aushilfen bei 629 Vollbeschäftigten. Derzeit bildet die SAB zehn Diplom-Betriebswirte (BA) in den Fachrichtungen Bankwirtschaft und Wirtschaftsinformatik aus. 26 Mitarbeiter nutzten das Angebot der SAB, durch eine Altersteilzeit- oder Vorruhestandsvereinbarung in den vorzeitigen Ruhestand zu gehen. Zehn weitere Mitarbeiter haben bereits für die Folgejahre eine Altersteilzeit-Vereinbarung abgeschlossen.

Die mit der Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einhergehenden strukturellen Anpassungsprozesse wirkten sich auch 2003 auf die SAB aus. Die Bank ist zunehmend gefordert, die Geschäftsprozesse zu optimieren und damit ihre Leistungen weiterhin kosteneffizient zu erbringen. In diesem Zusammenhang setzt die SAB die Ergebnisse der Personalbemessung gezielt um. Um die Mitarbeiterkapazitäten dem sich ändernden Fördervolumen besser anpassen zu können und die Flexibilität des Personalbestandes zu wahren, arbeitet die Bank in bestimmtem Umfang auch mit befristeten Arbeitsverhältnissen.

Das zweite Halbjahr 2003 war geprägt durch den Übergang des Förderprogramms Europäischer Sozialfonds auf die SAB. Der Start der neuen Abteilung Sozialfonds mit 54 Mitarbeitern, die wir sowohl extern einstellten als auch intern umsetzten, stellte für alle Beteiligten eine Herausforderung dar.

Zunehmend komplexe rechtliche Rahmenbedingungen stellen erhöhte Anforderungen an die Mitarbeiter der SAB. Die Bank engagiert sich daher auch weiterhin für die Qualifizierung der Mitarbeiter. Von den betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen haben die Mitarbeiter wieder regen Gebrauch gemacht. Darüber hinaus unterstützt die SAB die Mitarbeiter bei ihren außerbetrieblichen Bildungsmaßnahmen.

Insgesamt stand auch das Jahr 2003 für die SAB und ihre Mitarbeiter ganz unter dem Einfluss der August-Hochwasserkatastrophe des Jahres 2002. Mit außerordentlichen Kraftanstrengungen, erheblichen Überstunden und Wochenendarbeit

über viele Wochen hinweg ist es der SAB gelungen, die Mittel aus den Hochwasser-Hilfsprogrammen den geschädigten Unternehmen und Privatpersonen rasch zur Verfügung zu stellen.

Auch an dieser Stelle möchten wir allen Mitarbeitern der SAB herzlich für die erbrachten Leistungen danken. Dem Personalrat danken wir für die konstruktive Mitarbeit.



## Förderbericht

Die SAB ist dem Freistaat Sachsen ein zuverlässiger und kompetenter Partner bei der Ausgestaltung und Umsetzung seiner Förderpolitik. Allein im Jahr 2003 hat die SAB Zuschüsse, Darlehen und Bürgschaften mit einem Volumen von 2.227,1 Mio. € bewilligt.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen in Sachsen erfordern auch zukünftig ein flexibles und innovatives Förderinstrumentarium, damit Sachsen zukunftsfähig bleibt.

Es gilt, aktiv dazu beizutragen, dass Sachsen für junge Menschen attraktiv bleibt; dafür Sorge zu tragen, dass es in Sachsen anspruchsvolle wettbewerbsfähige Arbeitsplätze gibt, damit junge Menschen ihre persönliche und berufliche Zukunft weiterhin in Sachsen sehen.

Nur eine gesunde, florierende Wirtschaft schafft diese Voraussetzungen. Daher engagieren wir uns, die wirtschaftliche Entwicklung weiter voranzubringen.

Und nicht zuletzt ist es unser Anliegen, die Wohnqualität in Sachsen weiterhin zu verbessern. Denn nur da, wo sich Menschen wohl fühlen, werden sie ihre persönlichen und beruflichen Chancen sehen. Daher widmen wir uns dem dringend notwendigen Stadtumbauprozess, dessen erste positive Ergebnisse mittlerweile erkennbar werden.

Getreu unserem Anspruch „Wir machen Sachsen lebenswert“ stellen wir uns diesen Aufgaben.

Die sächsische Wirtschaft wuchs im vergangenen Jahr unterdurchschnittlich. So nahm das Bruttoinlandsprodukt real, d. h. nach Ausschaltung des Einflusses der Preisentwicklung, gegenüber 2002 um 1,2 % zu (Bundesdurchschnitt: - 0,1 %).

Bereits die Wettiner, allen voran August der Starke, betrieben Gewerbeförderung, deren Ergebnisse noch heute sichtbar sind: Meißner Porzellanmaler, Plauener Klöpplerinnen, Freiburger Silberschmiede, Leipziger Händler sowie Lausitzer Tuchweber sind auch heute noch durch Obstbaumalleen quer durch Sachsen miteinander verbunden. Das war keineswegs uneigennützig, denn auch damals waren Staat und Gesellschaft auf die „figilanten“ mittelständischen Unternehmer als Steuerzahler angewiesen, die den mitteldeutschen Wirtschaftsraum weltweit bekannt machten.

Der Freistaat kann den Erfolg mittelständischer Unternehmen zwar nicht begründen, doch er kann Stolpersteine auf dem Weg zum Erfolg beseitigen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Dies betrifft seine materielle Ausstattung mit Finanzmitteln ebenso wie seinen Zugang zu technologischen Erkenntnissen oder neuen Technologien oder aber auch noch unerschlossene Absatzmärkte.

Die sächsische Förderpolitik bietet finanzielle Unterstützung und fördert den Wissenstransfer. Sie initiiert und begleitet im Rahmen sektoraler und regionaler Schwerpunktprogramme die Herausbildung regionaler Wachstums- und Entwicklungsinself.

Die SAB hat im Jahr 2003 im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit den Freistaat Sachsen bei der Umsetzung seiner wirtschaftspolitischen Förderprogramme unterstützt.

Die Förderung der SAB beginnt mit einer zielgerichteten kostenlosen Beratung. Allein im Rahmen der Mittelstands- und Investitionsförderung der SAB wurden im Jahr 2003 13.190 Telefonate und 864 persönliche Beratungen in der SAB geführt, bei denen auch Finanzierungspläne erstellt wurden.

Außerdem hat die SAB den mittelständischen Unternehmen unabhängig vom jeweiligen Anlass

und einer eventuellen Finanzhilfe bei jeder Art von Krise kostenfreie Beratung durch ihre Experten des Beratungszentrums Konsolidierung angeboten. Das Ergebnis: über 2.400 telefonische und persönliche Beratungen.

Privates Kapital zu mobilisieren, gehört neben Hilfestellungen zu öffentlichen Förderprogrammen zu den besonderen Aufgaben des Beratungszentrums.

Im Konsolidierungsprozess übernahm die SAB auch die Moderation oder Vermittlung, unter anderem auch bei Diskrepanzen zwischen Unternehmen und Gläubigern oder mit sonstigen Fördermittelgebern.

Bei der finanziellen Förderung bedient sich die SAB folgender Instrumente:

- ▶ Zuschüsse im Rahmen der GA-Förderung, der Technologieförderung sowie der Außenwirtschafts- und Marktzugangsförderung,
- ▶ Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Betriebsmittelbedarf,
- ▶ Risikoübernahmen bei Kreditfinanzierungen und
- ▶ Beteiligungskapital.

Das Finanzierungsangebot ist so konzipiert, dass für jede Art von Kapitalbedarf eines Unternehmens etwas Passendes zur Verfügung gestellt werden kann.

### **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA)**

Für ihre Investitionsvorhaben können Unternehmen jeder Größe im Freistaat Sachsen eine finanzielle Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (kurz: GA) über die SAB beantragen.

Auch 2003 war die GA-Förderung das bedeutendste Instrument der einzelbetrieblichen Regionalförderung.

Eine Förderung setzt voraus, dass in der Region Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden und sich als Folge daraus das Gesamteinkommen der Region erhöht. Im Jahr 2003 sagten die Zuschussnehmer die Schaffung bzw. Sicherung von 32.865 Arbeits- bzw. Ausbildungsplätzen zu (27.097 gesicherte und 5.768 neue). Davon entfallen 27 % auf weibliche Arbeitnehmer.

Ohne Berücksichtigung des GA-Sonderprogramms „Hochwasser“ wurde im Jahr 2003 mit einem Zuschussvolumen von 394 Mio. € ein Investitionsschub von 2.251 Mio. € ausgelöst. 1.312 Vorhaben konnten mit den gewährten Fördermitteln realisiert werden. Davon erhielten 69 Vorhaben eine Kofinanzierung aus Mitteln der Europäischen Union. Mit einem Anteil von über 88 % des zugesagten Fördervolumens und 70 % der Förderzusagen war vornehmlich das produzierende Gewerbe Nutznießer der GA-Förderung.

98,6 % der GA-Zusagen und 75,1 % der Zuschussmittel gehen an Unternehmen mit maximal 250 Mitarbeitern. 54 % der Zusagen entfielen auf Unternehmen mit bis zu 20 Arbeitnehmern, weitere 27,1 % auf Unternehmen mit bis zu 50 Arbeitnehmern und ca. 17,5 % auf Unternehmen mit bis zu 250 Arbeitnehmern. Die restlichen Mittel gingen an Großunternehmen (1,4 % der Zusagen und 24,9 % der Zuschüsse). Insgesamt erhielten über 88 % des Zusagevolumens Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. So setzte sich die Tendenz der vorangegangenen Jahre auch in 2003 fort. Bezogen auf das durchschnittlich zugesagte Zuschussvolumen je Zusage steht ebenfalls das Verarbeitende Gewerbe mit über 378 T€ im Vordergrund.

1.571 Antragseingänge im Jahr 2003 zeigen, dass die Investitionsbereitschaft der sächsischen Unternehmen ungebrochen hoch ist.

#### **Gründungs- und Wachstumsfinanzierung**

Jede einzelne Existenzgründung schafft im Durchschnitt drei bis vier neue Arbeitsplätze. In der Summe schaffen Existenzgründungen ein Klima des Unternehmertums, der Ideen und Innovationen und eine gesellschaftliche Atmosphäre der Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstverantwortung. Deshalb bleibt die Förderung von Existenzgründern und jungen Unternehmern für den Freistaat Sachsen und die SAB eine wichtige Aufgabe.

Doch nach wie vor ist der Zugang zu Finanzmitteln eines der größten Gründungshemmnisse bzw. Wachstumshindernisse für Jungunternehmen. Die Quote der Selbstständigen im Freistaat

Sachsen ist mit 9,1% zwar unter dem Durchschnitt der alten Länder, aber die höchste der ostdeutschen Flächenstaaten.

Um hier die Schlagkraft der Förderung zu erhöhen, wurden im Jahr 2002 die Existenzgründerprogramme des Freistaates und der DtA im Gründungs- und Wachstumsfinanzierungsprogramm (GuW-Programm) zusammengefasst. Das GuW-Programm ergänzt die Förderung des Bundes subsidiär. Das Förderprogramm bietet für Unternehmen bis zu acht Jahre nach ihrer Gründung Kredite an, die bis zu einer Höhe von 250.000 € im Zins verbilligt werden können. Finanziert werden können alle Arten von Investitionen – von Baumaßnahmen über den Kauf von Maschinen bis hin zur Bereitstellung von Betriebsmitteln.

Im Jahr 2003 konnten 143 Vorhaben mit einem Darlehensvolumen von 9,8 Mio. € und einem Investitionsvolumen von 18,7 Mio. € gefördert werden.

#### **Technologieförderung**

Neue Produkte, Dienstleistungen und Verfahren treiben den technischen Fortschritt voran und sichern so zukunftsfähige Arbeitsplätze in Sachsen.

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die ihr Innovationspotenzial aufgrund der erheblichen größenbedingten Nachteile bei der Finanzierung nicht voll ausschöpfen können, profitieren von den Zuschusshilfen des Freistaates. Mit deren Hilfe können sie in eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten investieren.

Die Programmfinanzierung erfolgt zu 75 % aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und zu 25 % aus Landesmitteln.

Bei der Förderung von Einzel- und Verbundvorhaben werden Forschungs- und Entwicklungsprojekte (FuE-Projekte), die der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren dienen, auf den Gebieten der Zukunftstechnologien unterstützt.

Die Innovationsassistentenförderung dient der Beschäftigung von Absolventen und Wissenschaftlern mit technischer oder naturwissenschaftlicher Ausbildung von Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen in



Unternehmen im Freistaat Sachsen. Ihre Tätigkeit zielt darauf ab, Projekte mit technologieorientiertem Inhalt zu bearbeiten.

Die Patentförderung unterstützt die Anmeldung und Aufrechterhaltung von Patenten und patentähnlichen Schutzrechten im Ausland.

Die rasante Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationswege erfordert die Einführung spezieller Förderinstrumente, welche die Unternehmen bei der Anwendung neuer Kommunikationsmittel optimal unterstützen. Diesem Ziel dient die Telematikförderung. Unterstützt werden Projekte zur Entwicklung von innovativen Informations-, Kommunikations- und Medientechnologien sowie -diensten („elektronischer Geschäftsverkehr“, „Telekooperation“, „Onlinedienste und -datenbanken“) und entsprechende Demonstrations- und Pilotprojekte sowie Machbarkeitsstudien.

Das Programm KOMPRI 2.1 („Kommunikation und Prozessintegration“) fördert die kommerzielle Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie -diensten. Hierdurch sollen Wertschöpfungsprozesse durch deren geschlossene elektronische Abbildung und Bearbeitung beschleunigt und optimiert werden sowie der Einsatz von „elektronischem Geschäftsverkehr“ (business to business) und die Erschließung, Ausbau und Bedienung überregionaler Absatzmärkte für sächsische Produkte und Dienstleistungen verstärkt werden.

Die Europäische FuE-Kooperation unterstützt mit bedingt rückzahlbaren Zuschüssen Aktivitäten zur Ausarbeitung von Projektanträgen zu Programmen der Europäischen Union im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration. Das Programm wurde von den Kunden nur in geringem Umfang angenommen und wird deshalb im Jahr 2004 nicht fortgeführt.

Weiterhin begleitet die SAB auch Projekte von Technologiezentren zur Verbesserung des Technologietransfers und des technologieorientierten Gründungsgeschehens auf zukunftsorientierten Technologiefeldern sowie – zeitlich begrenzt – deren apparative Ausstattung und Betriebskosten.

Im Jahr 2003 wurden 284 Neubewilligungen mit einem Zuschussvolumen von 118 Mio. € aus-

gesprochen. Am stärksten nachgefragt waren wieder Finanzierungshilfen zur FuE-Projektförderung. Nahezu 60 % der Neubewilligungen entfielen auf die Förderprogramme „Einzelbetriebliche FuE-Projektförderung“ und „FuE-Verbundprojektförderung“.

Im Mittelpunkt der Förderung stehen nach wie vor die kleinen und mittleren Unternehmen im Freistaat Sachsen. Über 80 % der Neubewilligungen gingen an gewerbliche Unternehmen. Den höchsten Anteil an der Zahl der Neubewilligungen hatten wie im Vorjahr Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten.

Die Nachfrage nach Technologiefördermitteln konzentriert sich auf die im Freistaat Sachsen traditionell verwurzelten Zukunftstechnologiefelder: Physikalische und chemische Technologien, Fertigungstechnik und Informationstechnik. Den größten Anteil am Bewilligungsvolumen hatten Projekte auf dem Gebiet der physikalischen und chemischen Technologien.

#### **Außenwirtschafts- und Marktzugangsförderung**

Die Exportquote Sachsens konnte in 2003 ihre stetige Steigerung seit 1991 nicht fortsetzen. Sie sank im vergangenen Jahr um 2,3 Prozentpunkte auf 28,8 %.

Der überregionale Marktauftritt, die Preissetzungs- und Markenpolitik gehören zu den Schwachpunkten kleinerer Unternehmen. Deswegen kommt dem Förderschwerpunkt Vermarktung, von der Außenwirtschaftsberatung über Vertriebskooperationen und PR-Strategien bis hin zur Finanzierung von Vertriebsmaßnahmen, eine große Bedeutung zu.

Die SAB stellt im Rahmen des Mittelstandsprogramms des Freistaates Sachsen den Unternehmen neben der klassischen investiven Förderung auch Mittel für den Vorstoß in neue Märkte zur Verfügung. Der Freistaat hilft hier den Unternehmen dabei, Markthürden zu überwinden. Dazu dienen medienwirksame, überregionale Präsentationen mittelständischer Unternehmen, z. B. auf Branchensymposien und Leitmessen im In- und Ausland. Die Unternehmen werden ange-regt, selbst mehr Kraft in PR-Aktionen zu inves-

tieren, um den Standort Sachsen überregional bekannter zu machen.

Von den in 2003 insgesamt 841 geförderten Messebeteiligungen entfielen 36 % auf Auslandsmessen. 188-mal wurden Außenwirtschaftsberatungen, die Erstellung von Präsentationsmaterial sowie die Teilnahme an Symposien gefördert. Insgesamt wurden für die Außenwirtschafts- und Marktzugangsförderung 3,6 Mio. € aufgewendet. Aus dem selben Mittelstandsprogramm konnte die SAB auch externe Beratungsleistungen finanziell unterstützen:

Im Rahmen des Programms „Intensivberatung/ Coaching“ erhielten Unternehmen Zuschüsse, um Strategien zur Existenzsicherung, zur Rationalisierung sowie zur effizienten Organisation betrieblicher Abläufe zu konzipieren. Für die Beratungsleistungen und die Einführung von Umweltmanagementsystemen wendete der Freistaat in 458 Fällen 2.425 Mio. € an Zuschussmitteln auf.

#### **Liquiditäts- und Konsolidierungshilfen, Darlehen zur Rettung und Umstrukturierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**

Der Freistaat unterstützt mittels Darlehen, Bürgschaften und Konsolidierungshilfen KMU bei der Bewältigung von Krisensituationen und bringt sie hierdurch auf einen Konsolidierungskurs. Die Zahl der aus diesem Grund finanziell geförderten Unternehmen sank in den letzten Jahren tendenziell.

Voraussetzung für die Gewährung einer Hilfe ist immer die Vorlage eines tragfähigen Umstrukturierungsplans, der auch Beiträge der Hausbank und der Gesellschafter an der Finanzierung enthält. Im Umstrukturierungsplan macht der Unternehmer der SAB gegenüber plausibel, wie er die angespannte Lage überwinden kann. Gefördert werden Betriebe, die im Kern leistungsfähig sind und eine positive Fortführungsprognose haben. Ziel ist es wirtschaftliche Substanz mit Zukunftsperspektive zu erhalten.

Im Jahr 2003 wurden 20 Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen mit einem Volumen von 5,3 Mio. € genehmigt.

Kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler leiden besonders unter Zahlungsverzögerungen und -ausfällen. Sie können schnell in eine angespannte wirtschaftliche Situation geraten, wenn bei hohen Außenständen Zahlungen nur schleppend eingehen oder wegen Insolvenz eines Großkunden ganz ausbleiben. Bei überhöhten Lieferantenverbindlichkeiten oder einem überzogenen Kontokorrentrahmen droht gar eine Existenzkrise. Auch ein durch Umsatzausweitung verursachter zusätzlicher Betriebsmittelbedarf muss finanziert werden. Denn nicht immer haben Betriebe ausreichend liquide Mittel und ausreichend lastenfreies Vermögen, um derartige Belastungen aus eigener Kraft zu tragen.

Das Liquiditätshilfe-Darlehensprogramm der SAB dient der Überwindung dieser Schwierigkeiten. Es zielt sowohl auf gesunde Unternehmen wie auch auf Unternehmen in schwieriger wirtschaftlicher Lage ab. Die Höhe des Darlehens, das sich aus den Erfordernissen des Einzelfalls ergibt, kann zwischen 25 T€ und max. 2,5 Mio. € betragen mit einer Laufzeit von sechs oder acht Jahren.

Im Jahr 2003 konnten 24 Liquiditätshilfedarlehen mit einem Volumen von 5,8 Mio. € zugesagt werden. Aufgrund knapper Haushaltsmittel wurde das Programm Ende Mai 2003 gestoppt. Seit Januar 2004 steht es den Unternehmen jedoch wieder zur Verfügung. Mit dem Bürgschaftsprogramm werden Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Freiberufler sowie Personen, die sich tätig an einem Unternehmen beteiligen wollen, durch die Besicherung von Betriebsmittelkrediten und mit Darlehen für Neuinvestitionen unterstützt. Im Jahr 2003 hat die SAB sechs Bürgschaften mit einem Volumen von 5,2 Mio. € übernommen.

**SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft**  
Kleine und mittlere Unternehmen weisen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern im Durchschnitt eine geringere Eigenkapitalquote auf. Aufgrund der hierzulande traditionell engen Beziehungen zwischen der Hausbank und ihren Firmenkunden war die niedrige Eigenkapitalausstattung für viele Unternehmen weniger problematisch. Auch das Steuersystem und Rechnungslegungsvorschriften be-

günstigten die Fremdkapitalaufnahme zu Lasten der Eigenmittelfinanzierung.

Der Wandel auf den Finanzmärkten verstärkt aber mittlerweile den Druck auf mittelständische Unternehmen, ihre Eigenkapitalposition zu verbessern. Die Eigenkapitalquote wird künftig ein maßgebliches Kriterium für die Beurteilung ihrer Kreditwürdigkeit sein.

So sind es heute längst nicht mehr nur Existenzgründer, junge, technologieorientierte Unternehmen in Zukunftsbranchen oder innovative, schnell wachsende Unternehmen, die einen Eigenkapitalzuwachs benötigen. Neben der Thesaurierung von Gewinnen gewinnt deshalb die Aufnahme von Beteiligungskapital für die Unternehmen an Bedeutung.

Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, eine 100%ige Tochter der SAB, hilft seit Oktober 1997 marktfähigen kleinen und mittleren Unternehmen mit eigenkapitalerhöhenden stillen oder offenen Beteiligungen. Durch die Beteiligungen wird die Finanzierungsstruktur der geförderten Unternehmen nachhaltig verbessert und gleichzeitig ihr Spielraum für weitere Fremdfinanzierungen vergrößert. Beides zusammen erleichtert Investitionen, regt Wachstum an und schafft weitere Arbeitsplätze.

Seit 2002 richtet die SBG ihr Angebot nicht mehr nur an Unternehmen in der Konsolidierungsphase, sondern finanziert auch Wachstumsvorhaben. Bis Ende 2003 hatte die SBG 114 Beteiligungen mit einem Volumen von 64 Mio. € genehmigt. Im Mittelpunkt des Beteiligungsgeschäftes stehen mit über 84 % am zugesagten Beteiligungsvolumen kleine und mittlere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes.

### **Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH**

Die Gründungsförderung im Freistaat Sachsen beschränkt sich nicht allein auf Investitionen. Sie umfasst auch Maßnahmen, die allgemein zur Verbesserung des Gründungsklimas in Sachsen beitragen.

Mit dem Businessplan-Wettbewerb futureSAX, an dem 2002 erstmals Gründer und auch junge Unternehmen aller Branchen teilnehmen konnten, fördert der Freistaat besonders innovative, tech-

nologieorientierte Vorhaben mit guter Wachstumsperspektive.

Die Organisation und Durchführung wird von der Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH, einer 100%igen Tochter der SAB, vorgenommen. Sie betreut Gründer und kleine und mittlere Unternehmen von der Geschäftsidee bis zum finanzierungsfähigen Businessplan.

Am 7. Oktober fiel im Leipziger BELANTIS-Park der Startschuss für das zweite Projektjahr des sächsischen Businessplan-Wettbewerbs futureSAX. Nach dem Motto „Gründen und Wachsen in Sachsen“ können nicht nur Existenzgründer, die sich mit ihren innovativen Ideen selbstständig machen wollen, teilnehmen, sondern auch bereits gegründete junge Unternehmen mit ihren wachstumsorientierten Geschäftsmodellen.

Der Wettbewerb setzt auch auf eine enge Kooperation mit Hochschulen und den dort angesiedelten Gründerinitiativen. Um unternehmerisches Denken und Handeln zu fördern, wird erstmals in diesem Projektjahr in jeder Phase ein mit 1.000 € dotierter Sonderpreis für die aktivste Hochschule oder Forschungseinrichtung im Freistaat vergeben.

Am 15. Dezember 2003 endete die erste Phase des sächsischen Businessplan-Wettbewerbs 2003/2004. 61 Geschäftsideen wurden eingereicht. Am 28. Januar 2004 wurden die zehn besten Teams ausgezeichnet. Der Wettbewerb endet mit der Prämierung für die dritte Phase mit der Abschlussveranstaltung am 8. Juli 2004 in Dresden.



## Wohnungs- und Städtebauförderung

Wo die DDR unter immensen Kraftanstrengungen Industriepolitik zugunsten einiger traditionell strukturschwacher Landesteile betrieb, stellt nun der Markt oft nichts als den Status quo ante wieder her, also die dünn besiedelte, deindustrialisierte Region.

Wir werden in Sachsen bekanntlich weniger und immer älter. Sachsens demografische Entwicklung weist dabei gegenüber den alten Ländern Besonderheiten auf. Zum einen sinkt die Zahl der Einwohner bereits heute durch Abwanderungen. Zum anderen wird sie zukünftig noch stärker aufgrund niedriger Geburtenraten und zunehmender Überalterung sinken.

Nicht Wachstum, sondern Schrumpfung als Entwicklungsziel – in der mancherorts inzwischen aufscheinenden Radikalität – das ist eine tatsächlich schmerzhafteste Perspektive.

Die Erwerbsfähigen sind derzeit vergleichsweise jung, ihre Zahl wird aber bis 2020 um ein Viertel sinken. Der Anteil der Einwohner im Alter über 65 Jahre wird dagegen um über ein Viertel, auf einen Anteil von fast 30 % der Bevölkerung, steigen. Während sich die Altersstruktur der Gesamtbevölkerung nur allmählich verschiebt, erweisen sich einzelne demografische Kohorten in Ostdeutschland als besonders stark, durch die abrupten gesellschaftlichen Umbrüche nach 1989 beeinflusst.

Dieser soziodemografische Strukturwandel verändert auch die Wohn- und Kundenstrukturen auf den Märkten und dies nicht nur in Sachsen. In fast allen Industrieländern werden zukünftig alternde, schrumpfende Gesellschaften leben, auch wenn die Weltbevölkerung insgesamt wächst. Klar ersichtlich ist, dass alle neuen Länder erst am Anfang eines langwierigen und tief greifenden Schrumpfungsprozesses stehen. Nach den für die neuen Länder prognostizierten demografischen Entwicklungen werden bis 2010 noch weitere Wohnungsleerstände hinzukommen.

Der Freistaat Sachsen versucht seit dem Jahr 2000 bei seiner Wohnungsbaupolitik die demografische Entwicklung als Chance zu begreifen und zu nutzen. Dort, wo Wohnraumkapazitäten reduziert werden müssen, soll dies mit einer Verbesserung der Wohnqualität einhergehen, da die Menschen nur da, wo sie sich wohl fühlen,

ihre persönlichen und beruflichen Chancen sehen. Daher widmet sich die SAB einerseits dem dringend notwendigen Stadtumbau und unterstützt andererseits auch diejenigen, die sich ein eigenes Zuhause schaffen wollen.

### **Städtebauförderung - Stadtumbau Ost -**

Beim Stadtumbau Ost sind städtische Schrumpfungs- und Verdichtungsprozesse zu organisieren. Gefördert werden neben dem Rückbau leer stehender Wohnungen die Aufwertung von Stadtquartieren und die Eigentumbildung in innerstädtischen Altbauquartieren. Die Innenstädte sollen lebenswerter werden. In großen Wohngebieten treten an die Stelle nicht mehr bewohnter Gebäude Grünanlagen, Spielplätze und Parkierungsanlagen. Sie erhöhen die Attraktivität und Lebensqualität der Wohnquartiere. Innenstädte werden vor dem Verfall gerettet und wieder belebt.

Der Rückbau nicht mehr nachgefragter, überzähliger Wohnungen darf nicht unkoordiniert erfolgen, weshalb der Freistaat Sachsen auf integrierte Stadtentwicklungskonzepte der Kommunen und dazu stimmige Unternehmenskonzepte der Wohnungsunternehmen setzt. Beide Konzepte sind Voraussetzung für Förderungen. In diesen Konzepten sind als eine zentrale Aussage Angaben zur gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur darzustellen und eine Prognose für die nächsten 15 Jahre anzustellen.

Die von den Kommunen erstellten integrierten Stadtentwicklungskonzepte sind vor Vergabe der Stadtumbaumittel durch die SAB zu bestätigen. Als Antrags- und Bewilligungsstelle nimmt die SAB damit eine zentrale Rolle in der Förderung des im Jahr 2000 begonnenen Stadtumbauprozesses im Freistaat Sachsen ein.

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost werden Stadtumbaumaßnahmen gefördert. Hierzu gehören die Aufwertung von Stadtteilen und der Rückbau von Wohngebäuden. Die Förderung der Aufwertung von Stadtteilen umfasst die Erstellung von Stadtentwicklungskonzepten, Ordnungsmaßnahmen (z. B. Grunderwerb, Verbesserung des öffentlichen Wohnumfeldes, Anpassung der städtischen Infrastruktur

nach Rückbaumaßnahmen) und Baumaßnahmen (Modernisierung, Instandsetzung, Umnutzung, Aus- und Umbau).

Im Rahmen der Förderung des Rückbaus sind der Rückbau selbst sowie Aufwendungen förderfähig, um die Wohnungen freizumachen und das Grundstück herzurichten.

Die Aufwertung von Stadtteilen wird durch einen Zuschuss aus Bundes- und Landesmitteln gefördert. Die Förderung erfolgt als Anteilsfinanzierung. Neben den Bundes- und Landesmitteln ist es erforderlich, dass die Gemeinde einen Eigenanteil einbringt.

Der Rückbau von Wohngebäuden wird durch einen Zuschuss aus Landes- und Bundesmitteln gefördert. Die Förderung erfolgt als Festbetragsfinanzierung von 70 €/m<sup>2</sup> rückgebauter Wohnfläche.

Die SAB führt im Auftrag des Freistaates Sachsen seit 2002 die Förderung nach dem Programm Stadtumbau Ost in den Programmbereichen Rückbau und Aufwertung sowie die Förderung der Wohneigentumsbildung über die Innenstadtzulage durch. In beiden Programmjahren konnten aufgrund des begrenzten Mittelvolumens nicht alle eingereichten Anträge bewilligt werden.

Bis Mitte des Jahres 2003 wurden die den sächsischen Kommunen im Programmjahr 2002 bereitgestellten Stadtumbauinstrumente nur sehr zögerlich abgerufen. Der Stadtumbauprozess hat zum Ende des Jahres 2003 in Sachsen an Fahrt gewonnen. Zugesagte und bereitgestellte Fördermittel für den Rückbau fließen mittlerweile zügig ab. Die aktuellen Antragszahlen zeigen, dass sich eine Vielzahl von sächsischen Wohnungsunternehmen inzwischen aktiv am Rückbauprozess beteiligt. Die Hälfte aller Rückbauzuschüsse wurde für Rückbauvorhaben im Regierungsbezirk Chemnitz zugesagt, wo die Städte Chemnitz und Zwickau die führende Rolle im Rückbauprozess bezogen auf den Freistaat Sachsen übernommen haben. Im Regierungsbezirk Dresden belegt die Stadt Hoyerswerda die Spitzenposition. 78 % der Hoyerswerda bislang bereitgestellten Mittel sind hier bereits in tatsächliche Abrisse umgesetzt worden. Der Stadt Leipzig wurden bis zum Jahresende 2003 rund 15 % aller bislang von

Bund und Land in Sachsen zur Verfügung gestellten Rückbaumittel bewilligt.

Die SAB reicht Förderdarlehen im Bereich Mietwohnungsbau nur noch in Verbindung mit Rückbaumaßnahmen, z. B. zur Finanzierung von Teilrückbaumaßnahmen, aus. Dies führte nochmals zu einem deutlichen Rückgang der Darlehensneubewilligungen. Insgesamt wurden 2003 Darlehen in Höhe von 116,9 Mio. € zugesagt, darunter auch Durchleitungsdarlehen der KfW. Bei sämtlichen Darlehensgewährungen achtete die SAB darauf, dass die geförderten Maßnahmen im Einklang mit Strategie und Zielsetzung des Freistaates Sachsen beim Stadtumbau Ost standen.

#### **Eigentumsförderung**

In Anlehnung an die Gesamtförderstrategie beim Stadtumbau Ost ist auch die Eigentumsförderung an die Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt angepasst worden.

Die Förderung von Maßnahmen zur Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren wurde bislang in Sachsen nur in sehr geringem Umfang in Anspruch genommen. Bis zum 31.12.2003 hat die SAB lediglich 32 Anträge auf Innenstadtzulage mit einem Fördervolumen in Höhe von rund 380.000 € bewilligt.

Die SAB leitete des Weiteren Darlehensförderprogramme der KfW weiter (z. B. KfW-Wohneigentumsprogramm, KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm, KfW-Programm zur CO<sub>2</sub>-Minderung, KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003). Die SAB bewilligte bei der Eigentumsförderung im Jahr 2003 insgesamt 33,3 Mio. € an KfW-Darlehen. Teilweise wurden die Eigentumsmaßnahmen noch durch Förderergänzungsdarlehen der SAB gestützt, um so die Gesamtfinanzierung des Vorhabens sicherzustellen.

Mit dem SAB-Eigenheimzulagendarlehen EZ kann die zu erwartende Eigenheimzulage in die Gesamtfinanzierung einbezogen werden. Das Eigenheimzulagendarlehen wird mit festen Zinsen für eine vier- bzw. achtjährige Laufzeit ausgereicht. Eine rasche Entschuldung ist durch die Tilgung über die Zulagen garantiert. Im Jahr 2003 wurden 355 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 7,7 Mio. € bewilligt.

## Öffentliche Kunden, Umwelt- und Landwirtschaftsförderung

Im Oktober 2003 wurde die SAB vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales mit der Durchführung der Förderfinanzierung von Krankenhausinvestitionen im Freistaat Sachsen beauftragt. Das Programm stellt die Finanzierung bereits genehmigter und begonnener Baumaßnahmen von Krankenhäusern sicher und ist vorerst auf die Jahre 2003/2004 begrenzt. Im Jahr 2003 wurden von der SAB 57,8 Mio. € als Vorfinanzierung zur Verfügung gestellt.

Wegen der angespannten Haushaltslage fragen viele Kommunen nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten. Die SAB hat 2003 inkl. der DtA-/KfW-Durchleitungskredite Darlehen in Höhe von 120 Mio. € für die Finanzierung im Kommunal- und Umweltbereich vergeben.

Für die Umsetzung von investiven Umweltmaßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes, der Regeneration von Rohstoffen bzw. des Einsatzes erneuerbarer Energien wurden insbesondere die Bundesförderprogramme eingebunden.

Im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung können die erstmalige Errichtung, Erweiterung, Ertüchtigung und der Ersatz von Anlagen der öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung und die Flächenkanalisation in Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohner gefördert werden. Die Nachfrage nach zinsverbilligten Darlehen für investive Maßnahmen blieb weit hinter den Erwartungen der SAB zurück.

Das Fördergeschäft im Bereich der Landwirtschaft hat in den letzten Jahren einen grundlegenden Wandel hin zur Zuschussförderung erfahren. Einkommensverluste durch die Witterungskapriolen der letzten Jahre sowie die für die Landwirte noch ungewissen Auswirkungen der neuen EU-Agrarpolitik führten u. a. zu zurückhaltenden Neuinvestitionen in den Unternehmen.

Die SAB wirkt bei der Bearbeitung und Abwicklung von fünf Darlehensprogrammen mit. 20 Zuschussprogrammen mit. Die geförderten Maßnahmen verbessern nachhaltig die Produktionsbedingungen der Land- und Forstwirtschaft, unterstützen die sächsische Ernährungswirtschaft und tragen ebenso zur Verbesserung des Lebensumfeldes im ländlichen Raum bei.

2003 wurden Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 51,1 Mio. € zugesagt:

Über das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) finanzierte die SAB betriebliche Investitionen, die der Verbesserung der betrieblichen Produktions- und Arbeitsbedingungen, dem Umwelt-/Verbraucherschutz oder dem ökologischen Landbau und der tiergerechteren Haltung, der Erfüllung besonderer Anforderungen an die Landwirtschaft sowie der Diversifizierung landwirtschaftlicher Einkommensquellen dienen. Die SAB bewilligte 2003 im Rahmen des AFP 6,8 Mio. €.

An landwirtschaftliche Unternehmen, die unverschuldet in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind, hat die SAB im Jahr 2003 0,4 Mio. € an zinsverbilligten Liquiditätshilfedarlehen für die Wiederherstellung der Existenzfähigkeit vergeben. Zu diesem Zweck wurden kurzfristige Verbindlichkeiten für betriebliche Maßnahmen, die zur Neu- bzw. Umorganisation des Betriebes erforderlich sind, umgeschuldet.

Die zinsverbilligten Darlehen für Betriebsmittel mit einer maximalen Laufzeit von neun Monaten wurden in 2003 stark nachgefragt (41,8 Mio. €). Das Programm läuft 2004 aus.

Über das Sonderprogramm zum Erwerb land- und forstwirtschaftlicher Flächen konnte die SAB auch für den Erwerb dieser Flächen einschließlich Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH im Freistaat Sachsen Darlehen zur Verfügung stellen. Hier wurden 2003 Darlehen in Höhe von 2,0 Mio. € bewilligt.

Das Darlehensprogramm Dorfentwicklung wurde 2003 nicht in Anspruch genommen. Ursache hierfür ist die parallel laufende höhere Zuschussförderung.

Im letzten Jahr wurden Zuschüsse in Höhe von 292,4 Mio. € zugesagt. Gefördert wurden vor allem Maßnahmen in den Bereichen der nachhaltigen Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, ökologische Maßnahmen zur Verbesserung der Landschaftsgestaltung und der Umweltsituation und Vorhaben der Marktstrukturverbesserung sowie der Vermarktung von Erzeugnissen des ökologischen Landbaus und der Fischwirtschaft.



## Bearbeitung der Hilfsprogramme zur Beseitigung der Hochwasserschäden

Nach der Wasserflut in Sachsen kam die Antragsflut – die Umsetzung der Hochwasser-Hilfsprogramme beeinflusste den Geschäftsverlauf 2003 wesentlich.

Im Zeitraum vom 24. August 2002 bis 31. Dezember 2003 erhielt die SAB 72.240 Anträge mit einem beantragten Fördervolumen von über 2.311,4 Mio. € zur Bearbeitung.

Für die Behebung von Hochwasserschäden an Wohngebäuden wurden insgesamt 38.010 Zuschussanträge gestellt.

Nur aufgrund eines außergewöhnlich hohen Arbeitseinsatzes ihrer Mitarbeiter konnte die SAB bis zum Jahresende 2003 im Bereich Wohnungsbauförderung an 14.205 Betroffene rund 70,7 Mio. € Soforthilfen auszahlen und weiteren 18.390 Antragstellern finanzielle Unterstützung in Höhe von insgesamt 675,7 Mio. € zusagen. Am 19. November 2002 beschloss das Sächsische Kabinett, den durch das Hochwasser geschädigten Standort Röderau-Süd nicht wieder aufzubauen. 185 Förderverfahren mit einem Zuschussvolumen von insgesamt 37,8 Mio. € wurden durchgeführt. Die Absiedlung von Röderau-Süd verläuft zügig, viele der betroffenen Bürger haben inzwischen mit dem Innenausbau ihrer neuen Wohnstätte begonnen.

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung beantragten etwa 21.560 Unternehmen Soforthilfen und 12.660 Unternehmen reichten Förderanträge zur Inanspruchnahme der zur Schadensbeseitigung bereitgestellten Landes- und Bundesmittel ein.

Für die Wiederherstellung der Betriebstätigkeit der vom Hochwasser geschädigten Unternehmen wurden 134,7 Mio. € an Soforthilfe ausgereicht. Weiterhin konnten in diesem Zeitraum an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels, der Freiberufe und andere Dienstleister 368,9 Mio. € Fördermittel zugesagt und entsprechend dem Investitionsfortschritt 80 % ausgezahlt werden. Im Rahmen des GA-Sonderprogramms „Hochwasser“ erhielten 436 Antragsteller Zuwendungsbescheide mit Fördermittelzusagen über insgesamt 254,1 Mio. €, von denen rund 70 % noch in 2003 abgeflossen sind.

Die SAB wurde ebenfalls mit der Bearbeitung und Ausreichung von Hochwasserhilfen für Unternehmen mit staatlicher Beteiligung und der Hochwasserförderung von Sonderfällen beauftragt. Somit erhielten auch Unternehmen, die nicht die Hochwasser-Hilfsprogramme nach dem Bund-/Länderprogramm oder dem GA-Sonderprogramm „Hochwasser“ in Anspruch nehmen konnten, staatliche Zuwendungen zur Schadensbeseitigung.

Erwartungsgemäß verlagerte sich zum Jahresende 2003 der Schwerpunkt der Arbeit auf die Prüfung der Verwendungsnachweise. Die Zuwendungsberechtigten, die Soforthilfe erhalten bzw. ihre Baumaßnahmen zur Schadensbehebung bereits abgeschlossen hatten, sind innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zur Nachweisführung des ordnungsgemäßen Mitteleinsatzes verpflichtet. Vielerorts war mit Antragstellung noch nicht klar, ob und in welcher Höhe die Betroffenen Versicherungsleistungen und/oder Spendengelder erhalten würden. Die Sächsische Staatsregierung hatte unbürokratisch die Zuschüsse zur Schadensbehebung vorerst bereitgestellt, um zügig zur Normalisierung des Alltags der betroffenen Bürger bzw. Unternehmen beizutragen.

## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2003

### Aktiva

| Aktiva  | €                  | €              | € Vorjahr        | T€        |
|---|--------------------|----------------|------------------|-----------|
| <b>1. Barreserve</b>  |                    |                |                  |           |
| a) Kassenbestand  |                    | 22.018,80      |                  | 12        |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken                                      |                    | 3.718.043,08   | 3.740.061,88     | 9.450     |
| darunter:   |                    |                |                  |           |
| bei der Deutschen Bundesbank  | € 3.718.043,08     |                |                  |           |
| Vorjahr   | 9.450 T€           |                |                  |           |
| <b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>                                |                    |                |                  |           |
| a) täglich fällig   |                    | 141.927.456,82 |                  | 168.210   |
| b) andere Forderungen   |                    | 719.740.031,41 | 861.667.488,23   | 503.163   |
| <b>3. Forderungen an Kunden</b>   |                    |                | 8.398.231.161,70 | 8.239.867 |
| darunter:   |                    |                |                  |           |
| durch Grundpfandrechte gesichert  | € 4.521.153.532,53 |                |                  |           |
| Vorjahr   | 4.457.650 T€       |                |                  |           |
| Kommunalkredite   | € 676.721.714,20   |                |                  |           |
| Vorjahr   | 484.883 T€         |                |                  |           |
| <b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b> |                    |                |                  |           |
| a) Anleihen und Schuldverschreibungen                                   |                    |                |                  |           |
| aa) von öffentlichen Emittenten   |                    | 68.457.590,78  |                  | 23.708    |
| ab) von anderen Emittenten  |                    | 245.430.619,57 | 313.888.210,35   | 341.148   |
| darunter:   |                    |                |                  |           |
| beleihbar bei der Deutschen Bundesbank                                  | € 273.360.074,76   |                |                  |           |
| Vorjahr   | 334.393 T€         |                |                  |           |
| <b>5. Beteiligungen</b>   |                    |                | 2.045.167,52     | 2.045     |
| darunter:   |                    |                |                  |           |
| an Kreditinstituten   | € 766.937,82       |                |                  |           |
| Vorjahr   | 767 T€             |                |                  |           |
| <b>6. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>                            |                    |                | 152.258,38       | 152       |
| darunter:   |                    |                |                  |           |
| an Kreditinstituten   | € 0,00             |                |                  |           |
| Vorjahr   | 0 T€               |                |                  |           |
| <b>7. Treuhandvermögen</b>  |                    |                | 6.612.477.656,95 | 6.897.224 |
| darunter:   |                    |                |                  |           |
| Treuhandkredite   | € 6.612.477.656,95 |                |                  |           |
| Vorjahr   | 6.897.224 T€       |                |                  |           |

|  | €               | € | €                 | Vorjahr | T€         |
|--|-----------------|---|-------------------|---------|------------|
| <b>8. Sachanlagevermögen</b>   |                 |   | 35.981.193,13     |         | 38.781     |
| <b>9. sonstige Vermögensgegenstände</b>  |                 |   | 2.809.860,44      |         | 1.752      |
| <b>10. Rechnungsabgrenzungsposten</b>  |                 |   | 5.147.723,85      |         | 4.112      |
| <b>Summe der Aktiva</b>  |                 |   | 16.236.140.782,43 |         | 16.229.624 |
| <b>1. Eventualforderungen,<br/>Rückgriffsforderungen aus Bürg-<br/>schaften und Gewährleistungs-<br/>verträgen, soweit nicht in der<br/>Bilanz enthalten</b> |                 |   |                   |         |            |
| darunter: gesichert durch  |                 |   |                   |         |            |
| Rückbürgschaften des Freistaates   |                 |   |                   |         |            |
| Sachsen  | € 60.659.994,77 |   | 63.059.700,07     |         | 73.581     |
| Vorjahr  | 72.696 T€       |   |                   |         |            |



## Jahresbilanz zum 31. Dezember 2003

### Passiva

| Passiva  | €              | €                | €                 | Vorjahr | T€         |
|--|----------------|------------------|-------------------|---------|------------|
| <b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>                 |                |                  |                   |         |            |
| a) täglich fällig  |                | 45.625.297,48    |                   |         | 54.254     |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist                      |                | 8.515.163.724,89 | 8.560.789.022,37  |         | 8.122.713  |
| <b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, andere Verbindlichkeiten</b> |                |                  |                   |         |            |
| a) täglich fällig  |                | 87.578.974,16    |                   |         | 68.443     |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist                      |                | 2.856.000,00     | 90.434.974,16     |         | 22.681     |
| <b>3. Treuhandverbindlichkeiten</b>                                    |                |                  | 6.612.477.656,95  |         | 6.897.224  |
| darunter:  |                |                  |                   |         |            |
| Treuhandkredite € 6.612.477.656,95                                     |                |                  |                   |         |            |
| Vorjahr 6.897.224 T€   |                |                  |                   |         |            |
| <b>4. sonstige Verbindlichkeiten</b>                                   |                |                  | 3.006.526,99      |         | 1.949      |
| <b>5. Rechnungsabgrenzungsposten</b>                                   |                |                  | 426.988.327,32    |         | 519.877    |
| <b>6. Rückstellungen</b>   |                |                  |                   |         |            |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen           |                | 702.000,00       |                   |         | 1.151      |
| b) Steuerrückstellungen  |                | 0,00             |                   |         | 110        |
| c) andere Rückstellungen   |                | 11.915.000,00    | 12.617.000,00     |         | 11.932     |
| <b>7. nachrangige Verbindlichkeiten</b>                                |                |                  | 166.598.244,53    |         | 166.598    |
| <b>8. Eigenkapital</b>   |                |                  |                   |         |            |
| a) gezeichnetes Kapital  |                |                  |                   |         |            |
| aa) gezeichnetes Kapital   | 260.000.000,00 |                  |                   |         | 260.000    |
| ab) Einlagen stiller Gesellschafter                                    | 50.000.000,00  | 310.000.000,00   |                   |         | 50.000     |
| b) Kapitalrücklage   |                | 3.357.193,81     |                   |         | 3.357      |
| c) Gewinnrücklagen   |                |                  |                   |         |            |
| ca) satzungsmäßige Rücklagen   | 11.516.617,90  |                  |                   |         | 11.409     |
| cb) andere Gewinnrücklagen   | 38.355.218,40  | 49.871.836,30    |                   |         | 37.926     |
| d) Bilanzgewinn  |                | 0,00             | 363.229.030,11    |         | 0          |
| <b>Summe der Passiva</b>   |                |                  | 16.236.140.782,43 |         | 16.229.624 |

|  | € | € | €              | Vorjahr | T€      |
|--|---|---|----------------|---------|---------|
| <b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>                                |   |   |                |         |         |
| a) Verbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln    |   |   | 0,00           |         | 0       |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen |   |   | 63.059.700,07  |         | 73.581  |
| <b>2. andere Verpflichtungen</b>                                   |   |   |                |         |         |
| unwiderrufliche Kreditzusagen                                      |   |   | 138.599.170,29 |         | 171.559 |

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003  
Aufwendungen und Erträge

| Aufwendungen  | €             | €             | €              | Vorjahr | T€      |
|---|---------------|---------------|----------------|---------|---------|
| <b>1. Zinsaufwendungen</b>  |               |               | 449.357.956,75 |         | 453.197 |
| <b>2. Provisionsaufwendungen</b>  |               |               | 0,00           |         | 0       |
| <b>3. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften</b>   |               |               | 234.189,54     |         | 0       |
| <b>4. allgemeine</b>  |               |               |                |         |         |
| <b>Verwaltungsaufwendungen</b>  |               |               |                |         |         |
| a) Personalaufwand  |               |               |                |         |         |
| aa) Löhne und Gehälter  | 28.776.284,98 |               |                |         | 26.959  |
| ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung   | 6.030.798,13  | 34.807.083,11 |                |         | 5.392   |
| darunter:   |               |               |                |         |         |
| für Altersversorgung  | € 887.309,35  |               |                |         |         |
| Vorjahr   | 838 T€        |               |                |         |         |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen   |               | 15.757.046,43 | 50.564.129,54  |         | 17.531  |
| <b>5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>  |               |               | 4.895.051,40   |         | 4.617   |
| <b>6. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>  |               |               | 3.261.828,53   |         | 1.869   |
| <b>7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>     |               |               | 67.707.246,51  |         | 60.384  |
| <b>8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b> |               |               | 0,00           |         | 0       |
| <b>9. sonstige Steuern</b>  |               |               | 83.326,75      |         | 74      |
| <b>10. Jahresüberschuss</b>   |               |               | 537.133,53     |         | 2.583   |
| <b>Summe der Aufwendungen</b>   |               |               | 576.640.862,55 |         | 572.606 |



|  | € | €          | €          | Vorjahr | T€ |
|--|---|------------|------------|---------|----|
| <b>1. Jahresüberschuss</b>               |   |            | 537.133,53 |         |    |
| <b>2. Einstellung in Gewinnrücklagen</b> |   |            |            |         |    |
| a) in die satzungsmäßige Rücklage        |   | 107.426,71 |            |         |    |
| b) in die anderen Gewinnrücklagen        |   | 429.706,82 | 537.133,53 |         |    |
| <b>3. Bilanzgewinn</b>                   |   |            | 0,00       |         |    |

| Erträge  | € | €              | €              | Vorjahr | T€ |
|--|---|----------------|----------------|---------|----|
| <b>1. Zinserträge</b>  |   |                |                |         |    |
| a) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften   |   | 536.544.892,69 |                | 534.044 |    |
| b) aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen  |   | 10.155.711,44  | 546.700.604,13 | 15.457  |    |
| <b>2. Provisionserträge</b>  |   |                | 23.873.886,88  | 20.320  |    |
| <b>3. Nettoertrag aus Finanzgeschäften</b>   |   |                | 0,00           | 197     |    |
| <b>4. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b> |   |                | 130.904,79     | 123     |    |
| <b>5. sonstige betriebliche Erträge</b>  |   |                | 5.935.466,75   | 2.465   |    |
| <b>Summe der Erträge</b>   |   |                | 576.640.862,55 | 572.606 |    |

### 1. Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 7.5.1996 erhielt die Sächsische Aufbaubank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs.1 Nrn.1-5 und 7-9 KWG. Sie nahm am 1.6.1996 ihren Geschäftsbetrieb auf. Das Betriebsanwesen befindet sich im Eigentum der Bank.

Die Sächsische Aufbaubank GmbH ist mit Inkraft-Treten des „Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank - Förderbank -“ (FörderbankG) am 12. Juli 2003 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Anteilseigner. Das Stammkapital von 260 Mio. € ist voll eingezahlt.

Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die ihr durch §§ 2 und 3 FörderbankG übertragenen Aufgaben. Die Geschäftstätigkeit umfasst insbesondere die Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- sowie Umweltschutzförderung. Die Bank betreibt keine Wettbewerbsgeschäfte.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde wegen untergeordneter Bedeutung der Tochterunternehmen (SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Sächsisches Staatsweingut GmbH sowie Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH) und deren Beteiligungen gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH ist nachgeordnetes Unternehmen im Sinne von § 10 a Abs. 2 KWG.

### 2. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank - Förderbank - wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Förderbank- und Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach der RechKredV.

### 3. Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB vorgenommen. Die speziellen Regelungen des § 340 e HGB für Kreditinstitute sind beachtet worden.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer und unter Beachtung der Vereinfachungsregeln vorgenommen. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei dauernder Wertminderung. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die Bewertung der Wertpapiere des Handelsbestandes und der Liquiditätsreserve erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere hat die Bank auch wie Anlagevermögen bewertet. Der Buchwert beträgt per 31.12.2003 310,9 Mio. € (ohne anteilige Zinsen). Bei über pari erworbenen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen wird das Aufgeld entsprechend der Laufzeit zu Lasten des Zinsertrages aufgelöst.

Die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bilanziert.

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden grundsätzlich zum Nennwert einschließlich der Zinsabgrenzung ausgewiesen. Soweit Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, sind diese unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt und werden planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt.

Den Kredit- und sonstigen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Kreditrisiken in der Eigentumsförderung bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen.

Aufgrund der geänderten Berechnungsmethode (Kapitalschnitt zwischen Inanspruchnahme und dem maximal tragbaren Kreditrahmen) erfolgt

im Bereich der Eigentumsförderung eine Erhöhung der pauschalen Einzelwertberichtigung um 14.413 T€ auf 22.491 T€. Nach der ursprünglichen Berechnung wäre eine Erhöhung von 7.522 T€ erforderlich gewesen. Im Jahre 2003 erfolgte ebenfalls auf der Basis der Kapitalschnittmethode im Bereich des Mietwohnungsbaus die Bildung einer pauschalen Einzelwertberichtigung in Höhe von 21.410 T€.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte wie bisher in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10.1.1994. In den Vorjahren wurden die Abgaben an die Abteilung Sonderkredite als Ausfall im Sinne dieses Rundschreibens definiert, während im Berichtsjahr die Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen als Ausfall angenommen wurden. Die in die Bürgschaft des Freistaates einbezogenen Engagements wurden dabei berücksichtigt. Während sich unter Zugrundelegung der alten Berechnungsweise eine Zuführung zur Pauschalwertberichtigung von 650 T€ ergeben hätte, betrug die Zuführung im Berichtsjahr gemäß der veränderten Berechnungsweise 17.941 T€.

Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt worden.

Die Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe des verbürgten Kredites abzüglich der gebildeten Rückstellungen ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen einschließlich der Zinsabgrenzung passiviert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Aufnahme- und Rückzahlungsbetrag werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Im Jahr 1997 wurde die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank e.V. gegründet. Für die noch auf die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - entfallenden Pensionsverpflichtungen besteht eine Rückstellung in Höhe von 702 T€. Die Pensionsverpflichtungen werden zum Teilwert auf Basis des Rechnungszinsfußes von 6 % nach versicherungsmathematischen Methoden entsprechend § 6a EStG berechnet. Gleiches gilt für die Rückstellungen für Vorruhestandsleis-

tungen (71 T€).

Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) erfolgten in Höhe von 1.486 T€. Der Rechnungszinsfuß beträgt 5,5 %. Die Rückstellung für Aufstockungsbeträge und Abfindungszahlungen wurde auf der Basis der Barwerte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen.

Rechnungsabgrenzungen wurden in angemessener Weise vorgenommen.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet.

#### 4. KWG-Grundsätze

Die Bank hat den Grundsatz I gemäß § 10 KWG über das Eigenkapital während des gesamten Jahres eingehalten. Der Grundsatz II über die Liquidität wurde stets erfüllt.

#### 5. Fristengliederung ausgewählter Bilanzposten der Aktiv- und Passivseite nach Restlaufzeiten

| Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2003) | T€             |
|---|----------------|
| bis 3 Monate                                | 566.844        |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr                | 52.447         |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre                 | 126.738        |
| mehr als 5 Jahre                            | 115.638        |
| <b>Summe</b>                                | <b>861.667</b> |
| Vorjahr                                     | 671.373        |

| Forderungen an Kunden (31.12.2003) | T€               |
|------------------------------------|------------------|
| bis 3 Monate                       | 166.694          |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr       | 150.535          |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre        | 913.681          |
| mehr als 5 Jahre                   | 7.167.321        |
| <b>Summe</b>                       | <b>8.398.231</b> |
| Vorjahr                            | 8.239.867        |



| <b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2003)</b> | <b>T€</b>      |
|---|----------------|
| von öffentlichen Emittenten:  |                |
| bis 3 Monate  | 0              |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr  | 0              |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre   | 33.397         |
| mehr als 5 Jahre  | 35.060         |
| <b>Summe</b>  | <b>68.457</b>  |
| von anderen Emittenten:   |                |
| bis 3 Monate  | 25.058         |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr  | 30.334         |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre   | 180.050        |
| mehr als 5 Jahre  | 9.989          |
| <b>Summe</b>  | <b>245.431</b> |
| <b>Summe gesamt</b>   | <b>313.888</b> |
| Vorjahr   | 364.857        |

| <b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (31.12.2003)</b> | <b>T€</b>        |
|--|------------------|
| bis 3 Monate   | 539.382          |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr                                     | 138.767          |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre                                      | 3.851.527        |
| mehr als 5 Jahre   | 4.031.113        |
| <b>Summe</b>   | <b>8.560.789</b> |
| Vorjahr  | 8.176.967        |

| <b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (31.12.2003)</b> | <b>T€</b>     |
|--|---------------|
| bis 3 Monate   | 87.579        |
| mehr als 3 Monate bis 1 Jahr                           | 2.856         |
| mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre                            | 0             |
| mehr als 5 Jahre                                       | 0             |
| <b>Summe</b>   | <b>90.435</b> |
| Vorjahr  | 91.124        |

## 6. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

| <b>Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2003)</b>                       | <b>T€</b> |
|--|-----------|
| In dieser Position sind enthalten:                                       |           |
| Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht |           |
| darunter: nachrangig 358 T€  | 358       |

| <b>Forderungen an Kunden (31.12.2003)</b>                                | <b>T€</b> |
|--|-----------|
| In dieser Position sind enthalten:                                       |           |
| Forderungen gegenüber Gesellschafter                                     | 119.631   |
| Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen                            | 35.726    |
| Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 65.603    |
| nachrangige Forderungen  | 8.750     |

| <b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31.12.2003)</b> | <b>T€</b> |
|---|-----------|
| Von den in dieser Position ausgewiesenen Wertpapieren sind börsennotiert          | 313.888   |
| nicht börsennotiert   | 0         |

| <b>Treuhandvermögen (31.12.2003)</b>    | <b>T€</b>        |
|---|------------------|
| Diese Position gliedert sich wie folgt: |                  |
| Forderungen an Kreditinstitute          | 184.644          |
| Forderungen an Kunden                   | 6.427.834        |
| <b>Summe</b>                            | <b>6.612.478</b> |
| Vorjahr                                 | 6.897.224        |

| <b>Anlagevermögen (31.12.2003)</b>                                 | <b>T€</b> |
|--|-----------|
| Einzelheiten sind aus dem Anlagenspiegel, Seite 90/91 ersichtlich. |           |

| <b>sonstige Vermögensgegenstände (31.12.2003)</b>      | <b>T€</b> |
|--|-----------|
| In dieser Position sind enthalten:                     |           |
| sonstige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen | 524       |

| <b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (31.12.2003)</b> | <b>T€</b> |
|--|-----------|
| In dieser Position sind enthalten:                     |           |
| Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter             | 85.763    |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen    | 329       |

| <b>Treuhandverbindlichkeiten (31.12.2003)</b> | <b>T€</b>        |
|---|------------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber                   |                  |
| Kreditinstituten                              | 6.562.412        |
| Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter    | 50.066           |
| <b>Summe</b>                                  | <b>6.612.478</b> |
| Vorjahr                                       | 6.897.224        |

| <b>sonstige Verbindlichkeiten (31.12.2003)</b> | <b>T€</b> |
|--|-----------|
| In dieser Position sind enthalten:             |           |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen        |           |
| Unternehmen                                    | 4         |
| Vorjahr  | 13        |

| <b>Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2002)</b>   | <b>T€</b>    |
|--|--------------|
| <b>Aktivseite</b>  |              |
| Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten | 507          |
| Agioabgrenzung Schuldscheindarlehen  | 2.708        |
| vorausbezahlte Gehälter  | 1.426        |
| sonstige Aufwandsabgrenzungen  | 507          |
| <b>Summe</b>   | <b>5.148</b> |
| Vorjahr  | 4.112        |

|  |                |
|--|----------------|
| <b>Passivseite</b>   |                |
| Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen von Dritten im Voraus erhaltene | 412            |
| Zinsverbilligungsmittel  | 404.189        |
| sonstige Ertragsabgrenzungen   | 22.387         |
| <b>Summe</b>   | <b>426.988</b> |
| Vorjahr  | 519.877        |

## 7. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

| <b>Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen (1.1. - 31.12.2003)</b> | <b>T€</b>      |
|---|----------------|
| aus Darlehensforderungen  | 520.354        |
| aus Geldanlagen   | 8.732          |
| zinsähnliche Erträge  | 7.459          |
| aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen  | 10.156         |
| <b>Summe</b>  | <b>546.701</b> |
| Vorjahr   | 549.501        |

| <b>Provisionserträge (1.1. - 31.12.2003)</b> | <b>T€</b>     |
|--|---------------|
| Provisionen aus Treuhandgeschäft             | 7.918         |
| Verwaltungskostenbeiträge                    | 15.538        |
| sonstige                                     | 418           |
| <b>Summe</b>                                 | <b>23.874</b> |
| Vorjahr                                      | 20.320        |

| <b>Zinsaufwendungen (1.1. - 31.12.2003)</b>         | <b>T€</b>      |
|---|----------------|
| aus Refinanzierungen                                |                |
| (davon aus nachrangigen Verbindlichkeiten T€ 9.656) | 425.326        |
| sonstige  | 24.032         |
| <b>Summe</b>  | <b>449.358</b> |
| Vorjahr   | 453.197        |

| <b>allgemeine Verwaltungsaufwendungen (1.1. - 30.12.2003)</b> |               |
|---|---------------|
| a) Personalaufwand  | 34.807        |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen                             |               |
| ▶ Dienstleistungen L-Bank - Förderbank                        | 7.584         |
| ▶ Beratungs- und Prüfungskosten                               | 1.545         |
| ▶ Aufwendungen EDV und Wartung                                | 1.417         |
| ▶ Gebäudeaufwendungen   | 1.365         |
| ▶ sonstige  | 3.846         |
| Summe andere Verwaltungsaufwendungen                          | 15.757        |
| <b>Summe gesamt</b>   | <b>50.564</b> |
| Vorjahr   | 49.882        |

## 8. sonstige Angaben

Die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - wickelt die Vergabe von Fördermitteln für den Freistaat Sachsen ab. Darüber hinaus verwaltet sie treuhänderisch von der Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank - (SAB-Zweiganstalt) gewährte Kredite.

Das Nominalvolumen der abgeschlossenen Swapgeschäfte betrug zum 31.12.2003 1.154,4 Mio. €. Da diese Geschäfte ausschließlich zur Sicherung von Positionen des Bankbuchs getätigt wurden, ist auf eine gesonderte Bewertung verzichtet worden.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt nominell 162.823 T€ übersteigen folgende Schuldscheindarlehen 10 % des Gesamtbetrages:

|    |        |            |        |
|----|--------|------------|--------|
| T€ | 46.016 | Verzinsung | 5,80 % |
| T€ | 46.016 | Verzinsung | 5,89 % |
| T€ | 25.000 | Verzinsung | 5,85 % |
| T€ | 17.895 | Verzinsung | 6,20 % |

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Umwandlungsmöglichkeit in eine andere Schuldform sind nicht gegeben. Die Darlehensbedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 5 a KWG. Die Darlehen sind im Jahre 2007, 2011 bzw. 2017 endfällig.

Die stillen Einlagen betragen insgesamt 50.000 T€. Zwei Einlagen übersteigen 10 % des Gesamtbetrages (25.000 T€ und 15.000 T€ mit je 5,75 % Verzinsung). Es ist eine Laufzeit bis zum Jahre 2010 bzw. 2011 vereinbart. Die Bedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 4 KWG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Refinanzierungsdarlehen) sind teilweise durch Abtretung von Kundenforderungen gesichert. Ferner wurden Wertpapiere der Deutschen Bundesbank mit einem Kurswert per 31.12.2003 von 60.304 T€ zur Besicherung von Krediten verpfändet.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten bestehen jeweils im Gegenwert von 16.653 T€. Die Bewertung erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag.

Die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - hält

sämtliche Anteile am Stammkapital der SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden, von 102 T€. Die Kapitalrücklage beträgt 37.874 T€. Im Geschäftsjahr 2002 hat die SBG einen Verlust von 4.361 T€ ausgewiesen, der Verlustvortrag aus dem Jahr 2001 beläuft sich auf 13.564 T€.

Die Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul, hat ein Stammkapital von 25 T€. Alleinige Gesellschafterin ist die Sächsische Aufbaubank - Förderbank -. Im Geschäftsjahr 2002 betrug der Verlust 1.546 T€ bei einem Gewinnvortrag von 179 T€. Die Sächsisches Staatsweingut GmbH ist alleinige Gesellschafterin der mit einem Stammkapital von 25 T€ ausgestatteten Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH, Radebeul. Der Gewinn des Geschäftsjahres 2002 von 1.578 T€ wurde im Hinblick auf den Ergebnisabführungsvertrag mit der Firma Sächsisches Staatsweingut GmbH an diese abgeführt. Ferner besteht eine 50%ige Beteiligung an der Sektkellerei Wackerbarth GmbH, Radebeul (Stammkapital 50 T€). Im Jahre 2002 wurde die Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH in Dresden mit einem Stammkapital von 25 T€ gegründet. Alleinige Gesellschafterin ist die Sächsische Aufbaubank - Förderbank -. Im Rumpfgeschäftsjahr (8.10. - 31.12.2002) wurde ein geringfügiger Gewinn (0,2 T€) erzielt.

## 9. Angaben zur Steuerpflicht

Die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - ist aufgrund ihrer Förderaufgaben von Ertrag- und Vermögensteuern befreit.

## 10. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Bank beschäftigte ohne Vorstand und Auszubildende im Jahresdurchschnitt 545 tariflich und 74 außertariflich bezahlte Mitarbeiter (insgesamt somit 619).

## 11. Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes im Geschäftsjahr 2003 betragen 573 T€. An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden 8 T€ gezahlt.



Darlehen an Mitglieder des Verwaltungsrates wurden in Höhe von 18 T€ gewährt (Zinssatz 7,73 %, Laufzeit bis 2005). Die Tilgungen betrugen 0,4 T€.

Ein stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates ist an einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts beteiligt. Darlehen wurden in Höhe von insgesamt 1.683 T€ ausgereicht. Die Zinssätze liegen zwischen 3,5 % und 6,88 %, die Zinsbindungsfrist zwischen 10 und 12,5 Jahren. Rückzahlungen erfolgten im Berichtsjahr in Höhe von 23 T€.

## **12. Organe der Bank**

### **Vorstand**

Dr. Joachim Freiherr von Seckendorff-Aberdar  
Vorsitzender des Vorstandes  
Radebeul

Stefan Weber  
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes  
Dresden

Rainer Irmen  
Mitglied des Vorstandes  
Bad Homburg  
(seit 13. August 2003)

### **Verwaltungsrat**

Dr. Horst Metz  
Vorsitzender  
Sächsischer Staatsminister der Finanzen  
Dresden

Dr. Martin Gillo  
Stellvertretender Vorsitzender  
Sächsischer Staatsminister  
für Wirtschaft und Arbeit  
Dresden

Helma Orosz  
Sächsische Staatsministerin  
für Soziales, Gesundheit und Familie  
Dresden  
(seit 3. März 2004, vom 22. Dezember 2003  
bis 2. März 2004 stellvertretendes Mitglied)

Uwe Albrecht  
Mitglied des Sächsischen Landtages  
Dresden  
(seit 28. November 2003)

Steffen Flath  
Sächsischer Staatsminister  
für Umwelt und Landwirtschaft  
Dresden  
(bis 5. Juni 2003)

Horst Rasch  
Sächsischer Staatsminister des Inneren  
Dresden  
(bis 28. Februar 2004)

Christian Brand  
Vorsitzender des Vorstandes der  
Landeskreditbank Baden-Württemberg  
- Förderbank -  
Karlsruhe

Dr. Michael Weiss  
Vorsitzender des Vorstandes der  
Landesbank Sachsen Girozentrale  
Leipzig

### **Arbeitnehmervertreter**

Herbert Bach  
Sächsische Aufbaubank - Förderbank -  
Dresden

Sabine Ulrich  
Sächsische Aufbaubank - Förderbank -  
Dresden

Hans Wondracek  
ver.di  
Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft  
Landesbezirk Sachsen  
Landesfachbereichsleiter  
Dresden

#### **Stellvertretende Mitglieder**

Andrea Fischer  
Staatssekretärin im  
Sächsischen Staatsministerium  
für Wirtschaft und Arbeit  
Dresden  
(seit 9. September 2003)

Dr. Albrecht Buttolo  
Staatssekretär im Sächsischen  
Staatsministerium des Inneren  
Dresden  
(seit 9. September 2003)

Ronald Weckesser  
Mitglied des Sächsischen Landtages  
Dresden  
(seit 11. Dezember 2003)

Gerrit Raupach  
Mitglied des Vorstandes der  
Landesbank Sachsen Girozentrale  
Leipzig  
(seit 9. September 2003)

Rainer Fuchs  
Mitglied des Vorstandes der  
Landesbank Sachsen Girozentrale  
Leipzig  
(seit 9. September 2003)

#### **13. Verwendung des Jahresüberschusses**

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2003 von 537.133,53 € in Höhe von 20 % (= 107.426,71 €) der satzungsmäßigen Rücklage zuzuführen und den Restbetrag von 80 % (= 429.706,82 €) in die andere Gewinnrücklage einzustellen.

Dresden, 27. Mai 2004

Dr. Joachim Freiherr von Seckendorff-Aberdar  
Stefan Weber  
Rainer Irmen

| Vorstand  |   |                                      |  |
|---|---|--------------------------------------|--|
| Geschäftsbereich I<br>Dr. Jochen v. Seckendorff | Geschäftsbereich II<br>Stefan Weber   | Geschäftsbereich III<br>Rainer Irmen |  |
| Wirtschaftsförderung I<br>Georg Zweckl          | Mietwohnungsbau I<br>Gudrun Wojahn  | Immobilienbewertung<br>Rudolf Zendt  | Geldwäschebeauftragter<br>Uwe Gonska                                 |
| Wirtschaftsförderung II<br>Kay Gräbert          | Mietwohnungsbau II<br>Uwe Heimstädt   | Kreditsekretariat<br>Andre Koberg    | Compliance Officer**<br>Uwe Gonska                                   |
| Technologieförderung<br>Dr. Bernd Pfalzgraf     | Eigentumsförderung<br>Jörg Mühlberg   | Organisation<br>Uwe Heimstädt        | Datenschutzbeauftragter<br>Uwe Gonska                                |
| Innenrevision*<br>Olaf Berfelde                 | Justitiariat, Grundsatz<br>Dr. Dominik Meister                                  | Sonderkredite<br>Barbara Lüke        | Anti-Korruptionsbeauftragte<br>Rebekka Ribhegge                      |
| Informationstechnologie<br>Frank Stammer        | Öffentliche Kunden,<br>Umwelt- und<br>Landwirtschaftsförderung<br>Harald Herter | Rechnungswesen<br>Gerd Pohland       | ** Stelle zur Verhinderung<br>unzulässiger Mitarbeiter-<br>geschäfte |
| Europäischer Sozialfonds<br>Niels Gehrman       | Treasury<br>Peter Flath   | Personal<br>Susanne Schlautmann      |  |
| Controlling<br>Jochen Fleger                    | Verwaltung<br>Falk-Birger Gottsmann   |                                      |  |
| Vorstandsstab<br>Jochen Fleger                  |   |                                      |  |

\* dem Vorstand  
verantwortlich



### Anlagenspiegel per 31.12.2003

| Anlagevermögen   | Anschaffungskosten<br>01.01.2003 | Zugänge       | Abgänge        |
|--|----------------------------------|---------------|----------------|
| Bilanzposten   | T€                               | T€            | T€             |
| Schuldverschreibungen und andere<br>festverzinsliche Wertpapiere | 345.683                          | 75.147 *)     | 109.401        |
| Beteiligungen  | 2.045                            | –             | –              |
| Anteile an verbundenen Unternehmen                               | 152                              | –             | –              |
| Sachanlagen  | 53.046                           | 2.131         | 617            |
| <b>Summe</b>   | <b>400.926</b>                   | <b>77.278</b> | <b>110.018</b> |

\*) davon 15.293 T€ Umbuchung von Liquiditätsreserve

\*\*\*) davon Betriebs- und Geschäftsausstattung 4.599 T€ und selbst genutzte Gebäude 31.382 T€

| Zuschreibungen | Auflösung Agio | Abschreibungen und Wertberichtigungen kumuliert | Buchwert 31.12.2003 | Abschreibungen und Wertberichtigungen im Geschäftsjahr |
|----------------|----------------|---|---------------------|--|
| T€             | T€             | T€  | T€                  | T€   |
| 17             | 551            | –   | 310.895             | –  |
| –              | –              | –   | 2.045               | –  |
| –              | –              | –   | 152                 | –  |
| –              | –              | 18.579  | 35.981 **)          | 4.895  |
| <b>17</b>      | <b>551</b>     | <b>18.579</b>                                   | <b>349.073</b>      | <b>4.895</b>   |

**Herausgeber**

Sächsische Aufbaubank  
- Förderbank -  
Pirnaische Straße 9  
01069 Dresden  
Tel. 0351 4910-0  
Fax 0351 4910-4000  
[www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)

**Redaktion**

Sächsische Aufbaubank  
- Förderbank -  
Wild  
Agentur für Kommunikation

**Konzept und Gestaltung**

Wild  
Agentur für Kommunikation

**Produktion**

Druckhaus Dresden